

Das Problem einer christlichen Politik in den Siegerländer Wahlkämpfen während der Weimarer Zeit

Von Helmut Busch, Siegen

I. Die religiöse Eigenart des Siegerlandes

Die evangelische Bevölkerung des Kreises Siegen, die den weitaus größten Teil der Kreisbevölkerung ausmacht¹, ist durch das reformierte Bekenntnis und einen ebenfalls reformiert bestimmten Pietismus geprägt worden. Beide Faktoren, insbesondere die Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts, haben dazu geführt, daß Christentum und Kirche im öffentlichen Leben eine bedeutsame Stellung einnahmen. Diese Situation wurde auch durch die Ereignisse im und nach dem Ersten Weltkrieg und die vielfältigen Veränderungen und Erschütterungen, die sie mit sich brachten, nicht verändert. So bemerkte Superintendent Hubbert 1926 in seinem auf der Kreissynodaltagung erstatteten Jahresbericht, er müsse zwar zugeben, daß die Entfremdung von der Kirche auch vor dem Siegerland nicht Halt gemacht habe und im Hinblick auf den Gottesdienstbesuch, die Teilnahme am Abendmahl sowie den religiös-sittlichen Zustand der Gemeinden nicht alles in Ordnung sei². Dennoch glaubte der Superintendent über das Wirken der Pfarrerschaft und die Haltung der Gemeinden sagen zu können: „Wie man auch über unsere Synode urteilen mag, das steht außer Zweifel: sie ist keine ‚Synodus saecularis‘, sondern eine ‚Synodus vere religiosa‘, eine Synode, der das innerste Geheimnis des Christentums aufgegangen ist. Ein verweltlichtes und verwässertes Christentum kennen wir nicht. Und der Erfolg? Wir haben lebendige Gemeinden, gottesfürchtige Familien, blühende Vereine. Bibel und Gesangbuch sind bei uns wirkliche Volksbücher, die nicht nur gekauft und gelobt, sondern auch mit Heilsbegierde gelesen und ohne Mißtrauen geglaubt werden. Wir sind ein Bibelvolk; es gibt bei uns, gerade in den einfachen Schichten, weite Kreise, die sich in den schweren Gedankengängen sogar des

¹ Nach der Volkszählung vom 16. 6. 1925 umfaßte der Stadt- und Landkreis Siegen 129 503 Einwohner, davon waren 103 201 (79,69%) Angehörige evangelischer Kirchen und Religionsgesellschaften, 23 174 (17,89%) Katholiken, 435 (0,34%) andere Christen, 227 (0,18%) Israeliten und 2 466 (1,90%) Sonstige. Zusammengestellt nach Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 401, S. 367.

² Verhandlungen der Kreissynode Siegen (im folgenden zitiert als Verh.) 1926, S. 10 f.

Römerbriefes zurechtfinden³.“ 1931 schreibt der gleiche Superintendent Hubbert: „Der warme, aufgeschlossene Sinn für die Religion ist vor allem anderen so recht das Kennzeichen unserer Interessen; das Evangelium ist bei uns noch das Bollwerk unserer Kultur⁴.“ Folgende Einzelzüge, die das Bild vom religiösen Leben des Siegerlandes vervollständigen, werden genannt: „Ungezählte Sonntagsblätter werden in den Familien gehalten und gelesen. Ihrer drei kommen bei uns selbst heraus: ‚Das Evangelisch-kirchliche Sonntagsblatt für Siegerland und Wittgenstein‘, ‚Das reformierte Siegerland‘ und ‚Der Evangelist aus dem Siegerland‘. . . . Das Gesangbuch wird nicht nur in der Kirche aufgeschlagen, sondern auch zu häuslicher Andacht verwendet. Bei Hochzeiten, Kindtaufen und Beerdigungsnachfeiern werden gerne geistliche Lieder gesungen und religiöse Fragen besprochen. Auf den Arbeitsstätten unter Tage und über Tage bildet während der Pause die Sonntagspredigt ein beliebtes Thema der Unterhaltung⁵.“

Bei einer solchen Haltung der Bevölkerung mußte im politischen Bereich diejenige Partei an Macht und Einfluß gewinnen, die programmatisch die Wahrung christlicher Belange vertrat. Vor der Novemberrevolution von 1918 hatte die von Adolf Stoecker begründete Christlich-soziale Partei diese Rolle übernommen. In der Weimarer Zeit trat zunächst die Deutschnationale Volkspartei an ihre Stelle.

II *Der Anschluß der Siegerländer Christlich-Sozialen an die Deutschnationale Volkspartei*

Die Haltung der Siegerländer Christlich-Sozialen zur im November 1918 sich neu formierenden Deutschnationalen Volkspartei läßt sich an den Berichten und Kommentaren der in Siegen erscheinenden christlich-sozialen Tageszeitung „Das Volk“ ablesen⁶. Man war zunächst bestrebt, die Selbständigkeit der eigenen Partei zu betonen, verwies deshalb auf grundlegende Sätze des christlich-sozialen Programms, forderte zum Ausbau der Parteiorganisation auf, insbesondere des Vertrauensmännersystems, und erbat von den Mitgliedern Beiträge zur Finanzierung der bevorstehenden Wahlen für die Nationalversammlung. Gleichzeitig wird aber deutlich, daß man bereit war,

³ A. a. O., S. 9 f.

⁴ H. Schlosser, W. Neuser, Die Evangelische Kirche in Nassau-Oranien 1530–1930. Festschrift zum Gedächtnis der Einführung der Reformation (1530) und des Heidelberger Katechismus (1580) in den Grafschaften Nassau-Dillenburg und Nassau-Siegen, Bd. 1, Siegen 1931, S. XIX (im folgenden zitiert als Schlosser-Neuser).

⁵ A. a. O., S. XIX f.

⁶ Zum Folgenden vgl. die Aufrufe an die Christlich-Sozialen im „Volk“ (im folgenden zitiert als V) vom 18. u. 26. 11. 1918 sowie die Artikel „Zur Lage“ (V vom 19. 11. 1918) und „Der Aufmarsch der Parteien“ (V vom 22. 11. 1918).

die parteipolitische Eigenständigkeit zur Disposition zu stellen, wenn es gelingen sollte, eine umfassende Partei der politischen Rechten zu schaffen, die den christlich-sozialen Grundsätzen hinreichend Rechnung trage. So waren die Aufrufe zur Intensivierung der christlich-sozialen Parteiarbeit gekoppelt mit dem Hinweis auf die schwebenden Verhandlungen der verschiedenen konservativen Gruppen miteinander. Man machte die Parteifreunde mit dem Gedanken vertraut, gegebenenfalls kurzfristig für eine neu formierte Rechtspartei agitieren zu müssen.

Der Gründungsaufruf für die Deutschnationale Volkspartei erschien dann bereits am 27. 11. 1918 im „Volk“ und wurde zustimmend kommentiert. Zustimmung zu der neuen Partei signalisierten auch mehrere Artikel, die in den folgenden Ausgaben des „Volk“ abgedruckt wurden⁷. Man wies darauf hin, die christlich-sozialen Führer hätten dem Gründungsaufruf ihre Zustimmung gegeben und bei der Festlegung der Richtlinien mitgewirkt. Zudem gab man zu bedenken, die neue Form der Großwahlkreise, in denen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes abgestimmt werde, erschwere es einer kleinen Partei wie den Christlich-Sozialen, Kandidaten durchzubringen.

Obwohl diese eindeutig befürwortenden Ausführungen vorlagen⁸, gab es Widerspruch, als die christlich-sozialen Vertrauensmänner des Kreises Siegen am 29. 12. 1918 in Siegen zusammentraten, um über den endgültigen Anschluß an die Deutschnationale Volkspartei zu befinden⁹. Es wurde die Meinung vertreten, die Verschmelzung der christlich-sozialen Partei mit den Deutschnationalen erscheine verfrüht, allenfalls könne ein lockerer körperschaftlicher Anschluß vertreten werden. Die christlich-soziale Partei betrachte es als ihre vornehmste Aufgabe, das öffentliche Leben „mit den Kräften des lebendigen Christentums“ zu durchdringen, und es sei noch nicht zu übersehen, ob diese Zielsetzung auch in der Deutschnationalen Volkspartei genügend zur Geltung komme. Diesem Einwand wurde von den Befürwortern des Anschlusses widersprochen. Man verwies auf den im „Volk“ veröffentlichten Gründungsaufruf der neuen Partei und betonte, die Deutschna-

⁷ So die Artikel „Die kommenden Wahlen“ (V vom 30. 11. 1918), „Zu den Wahlausichten im Regierungsbezirk Arnsberg“ (V vom 3. 12. 1918), „Zu den Nationalwahlen, die Christlich-Sozialen“ (V vom 4. 12. 1918) und der „Ausguck“ im V vom 2. u. 14. 12. 1918.

⁸ Es ist auch bemerkenswert, daß im „Volk“ nur noch bis zum 9. 12. 1918 die Berichterstattung „Aus der christlich-sozialen Partei“ erscheint, danach wird nur noch über die Arbeit in der Deutschnationalen Volkspartei berichtet, vgl. vor allem die Ausführungen in den Ausgaben vom 19., 27. u. 30. 12. 1918.

⁹ Bericht über die Versammlung im V vom 30. 12. 1918, hier auch die angegebenen Zitate.

nationale Volkspartei wolle die „Lebenskräfte des Christentums unserem Staats- und Volksleben erhalten“ und kämpfe deshalb „mit allem Nachdruck gegen die Entchristlichung des Volkslebens, die nach dem Willen der Revolutionsregierung mit der Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen“ beginnen solle. Zudem wurde geltend gemacht, auch die sozialpolitischen Aspekte des christlich-sozialen Programms seien von der Deutschnationalen Partei akzeptiert worden. Bei einer Stimmenthaltung und drei Gegenstimmen wurde schließlich der Anschluß an die neue Partei beschlossen¹⁰.

Die bestehende christlich-soziale Parteiorganisation wurde sofort für die Deutschnationalen eingesetzt, wodurch der neuen Partei in Siegen eine gute Ausgangsbasis gesichert war. Eine Verbesserung der Parteiorganisation – in vielen christlich-sozialen Ortsgruppen hatte während des Krieges die parteipolitische Arbeit ganz geruht – war jedoch dringend erforderlich und wurde auch sofort durchgeführt. Auf der Jahreshauptversammlung des Siegerländer Kreisvereins der Deutschnationalen Volkspartei am 2. 5. 1920 in Weidenau konnte mitgeteilt werden, zahlreiche Ortsgruppen seien neu gegründet worden und in jeder Ortschaft des Kreises ständen Vertrauensmänner für die Partei zur Verfügung¹¹.

Die Arbeit für die Deutschnationale Volkspartei führte im Siegerland nicht zu einem Bruch mit der christlich-sozialen Vergangenheit; im Gegenteil, in der Agitation für die Deutschnationalen erblickte man die Fortsetzung der früheren christlich-sozialen Politik. So erschienen die Wahlaufufe für die Deutschnationale Volkspartei vielfach mit den alten christlich-sozialen Leitworten „Christentum, Vaterland, Sozialreform¹².“ Der Parteibezeichnung „deutschnational“ fügte man in den Anfangsjahren der Weimarer Republik oft das „christlich-sozial“ parenthetisch hinzu¹³, um die Identität der neuen mit der alten politischen Zielsetzung zu betonen. Die Deutschnationale Volkspartei wurde keineswegs als die Fortsetzung der konservativen „Junkerpartei“ angesehen¹⁴, sondern als eine ganz neue Rechtspartei, in der sich der „christ-

¹⁰ Über die Ja-Stimmen konnten keine Angaben ermittelt werden, sie werden aber die große Mehrheit ausgemacht haben. In der Siegener Ortsgruppe der Christlich-Sozialen wurde der Beschluß, der Deutschnationalen Volkspartei beizutreten, einstimmig gefaßt (Bericht im V vom 31. 12. 1918).

¹¹ Bericht über die Versammlung im V vom 3. 5. 1920.

¹² So z. B. die Aufrufe im V vom 18. 1. 1919, S. 7; im V vom 26. 5. 1920, S. 4; im V vom 18. u. 19. 2. 1921. Vgl. auch den Schluß des Leitartikels im V vom 27. 5. 1920 und den Schluß des Artikels „Die gewählten Deutsch-Nationalen“ im V vom 11. 6. 1920.

¹³ Vgl. z. B. die Wahlaufufe für die Deutschnationale Volkspartei im V vom 4. u. 5. 6. 1920, im V vom 14. bis zum 19. 2. 1921. Vgl. auch K. Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953, S. 376.

¹⁴ Vgl. den „Ausguck“ im V vom 13. 1. 1919 u. 19. 2. 1921.

lich-soziale Sauerteig“ voll auswirke¹⁵. Zu den alten christlich-sozialen Führern wie Franz Behrens, Otto Rippel und Paul Ruffer, insbesondere aber Reinhard Mumm, hatte man das feste Vertrauen, in der Deutschnationalen Volkspartei ihre überkommenen Überzeugungen erfolgreich zur Geltung zu bringen¹⁶.

In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis auf die deutschnationalen Wahlversammlungen im Siegerland angebracht. Als Redner traten überwiegend deutsch nationale Politiker auf, die aus der christlich-sozialen Partei kamen bzw. die Integration dieser Partei in die neue Rechtspartei begrüßten¹⁷. In den Ausführungen wurde immer wieder darauf hingewiesen, in der Deutschnationalen Volkspartei werde das christlich-soziale Gedankengut berücksichtigt. Besonders das im Frühjahr 1920 fertiggestellte Parteiprogramm, das den christlichen Charakter der Partei betonte und im kultur- und sozialpolitischen Teil auf christlich-soziale Forderungen zurückging, diene als Grundlage für diese Argumentation.

Ungebrochen blieb auch im Siegerland die Erinnerung an Adolf Stoecker erhalten. Sie wurde im „Volk“ vor allem durch den wöchentlichen „Ausguck“ gepflegt, den der alte Stoecker-Anhänger Jakob Henrich schrieb. Henrich wies dabei wiederholt auf den Kampf Stoeckers gegen die „rote“ Sozialdemokratie hin und betonte, jeder treue Stoeckerfreund könne heute der Sozialdemokratie nur wirklich Abbruch tun, wenn er ihrer schärfsten Gegnerin, der „schwarz-weiß-roten“ Deutschnationalen Volkspartei seine Stimme gebe¹⁸. In besonderer Weise gedachte man der Wirksamkeit Stoeckers während des Jahres 1928. Damals jährten sich zum 50. Male die Ereignisse, mit denen Stoeckers Eintritt in das parteipolitische Leben begonnen hatte: die stürmisch verlaufene Eiskellerversammlung vom 3. 1. 1878 in Berlin und die kurz darauf am 29. 1. 1878 erfolgte Gründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei. Zahlreiche Abhandlungen

¹⁵ So der „Ausguck“ im V vom 8. 2. 1919.

¹⁶ Vgl. dazu den „Ausguck“ im V vom 20. 3. 1920, 26. 4. u. 13. 12. 1924.

¹⁷ Es würde zu weit führen, hier alle Berichte über Wahlversammlungen mit Reinhard Mumm als Redner aufzuführen. Auch aus der Fülle der übrigen Veranstaltungen kann hier nur eine Auswahl von Berichten wiedergegeben werden. Vgl. z. B. die Berichte über Wahlveranstaltungen im V vom 7. und 10. 5. 1920, jeweils S. 3; im V vom 3. 6. 1920 unter Weidenau und Geisweid (Redner: Pfarrer D. Weber und Arbeitersekretär Paul Ruffer); im V vom 15. 2. 1921 unter Weidenau (Redner Clemens von Delbrück); im V vom 16. u. 18. 2. 1921 unter Siegen und Hilchenbach (Redner: Otto Rippel); im V vom 8. 4. 1924 (Sammelbericht über drei Wahlvorträge Prof. Kählers); den zusammenfassenden Bericht über den Wahlkampf zur Reichstagswahl vom 7. 12. 1924 im V vom 4. 12. 1924, S. 1. Vgl. auch den Artikel von P. Ruffer „Das Gebot der Stunde“ (V vom 3. 5. 1924) und den „Ausguck“ im V vom 19. 4. 1924.

¹⁸ Vgl. z. B. den „Ausguck“ im V vom 8. 2. 1919 u. 13. 12. 1924.

erschienen im „Volk“, die die politische, soziale und religiös-theologische Arbeit Stoeckers würdigten¹⁹. Über die Jubiläumsfeier, die am 29. 1. 1928 in Berlin zur Erinnerung an die Gründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei stattfand, wurde im „Volk“ wiederholt ausführlich berichtet²⁰. An der Feier hatte auch eine Siegerländer Abordnung teilgenommen und auf die schweren Wahlkämpfe hingewiesen, die Stoecker in Siegen zu bestehen gehabt habe²¹. Am 22. 4. 1928 trafen sich die Siegerländer Deutschnationalen zu einer großen Gedächtniskundgebung in Weidenau, auf der der damalige deutschnationale Verkehrsminister Wilhelm Koch und Reinhard Mumm als Festredner zu Wort kamen. Bernhard Meuser, der Vorsitzende des Siegerner deutschnationalen Kreisvereins, hatte in seiner Eröffnungsansprache hervorgehoben, „daß die Christlich-Sozialen des Siegerlandes in erster Linie berufen, aber auch in unerschütterlicher Überzeugungstreue gewillt seien, das Erbe Adolf Stoeckers zu wahren und dafür zu sorgen, daß sein Geist unter uns lebendig bleibt“²².

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die sicher subjektiven und wissenschaftlich so nicht haltbaren Urteile verschiedener christlich-sozialer Politiker über die Folgen, die die Mißbilligung der Stoeckerschen Agitation durch Bismarck und Kaiser Wilhelm II. mit sich gebracht habe. Man sah in der Ablehnung, die Stoecker seinerzeit gerade in den höchsten Regierungskreisen widerfahren sei, eine entscheidende Ursache für die innenpolitische Umwälzung von 1918 und meinte, niemals wäre das nationale Unglück in dem Maße über Deutschland hereingebrochen, wenn man die Mahnrufe Stoeckers rechtzeitig beherzigt hätte²³. Im „Volk“ vom 28. 1. 1928²⁴ verwies Reinhard Mumm auf Friedrich von Bodelschwingh, der in einem Brief vom 22. 8. 1885 an den damaligen Kronprinzen Friedrich geschrieben hatte: „Auch glauben wir alle, daß auf dem Kampfplatz, den Stoecker betreten, auf dem christlich-sozialen Boden, der Entscheidungskampf der Zukunft liegt und daß, wenn das Banner im Kampf sich neigen sollte, das er erhob, auch die Tage des christlich-deutschen Kaiserreiches und die

¹⁹ Vgl. die Aufsätze im V vom 3., 6., 11., 12. u. 28. 1. 1928; vom 16. 2., 19. 6., 10. 7., 4. 8., 17. 8. u. 10. 12. 1928 sowie die Artikel im V vom 6. 2., 8. 3. u. 10. 12. 1929.

²⁰ Berichte im V vom 30. 1., 2. u. 16. 2. 1928.

²¹ Bericht im V vom 1. 2. 1928 unter Siegen; „Ausguck“ im V vom 4. 2. 1928.

²² Berichte über die Kundgebung im V und in der „Siegener Zeitung“ (im folgenden zitiert als SZ) vom 23. 4. 1928.

²³ So die Ausführungen P. Ruffers im V vom 10. 12. 1925 sowie die Äußerungen von Reichsverkehrsminister Wilhelm Koch auf der Jubiläumsfeier am 29. 1. 1928 in Berlin (Bericht im V vom 30. 1. 1928, S. 2) und auf der Gedächtniskundgebung am 22. 4. 1928 in Weidenau (Bericht im V vom 23. 4. 1928, S. 1 f.).

²⁴ Vgl. den Leitartikel „Aktives Christentum. Ein Wort über die Bedeutung D. Adolf

Tage unseres geliebten Hohenzollernhauses gezählt sind, was Gott in Gnaden verhüten wolle²⁵.“ Mumm bemerkte lediglich kommentierend dazu: „Furchtbar ist dieses Wort in Erfüllung gegangen²⁶.“ Im „Ausguck“ vom 15. 12. 1928 war zu lesen: „Und es ist der Fluch der durch Bildung und Besitz maßgebenden Kreise und das Unheil Deutschlands geworden, daß der mutige Zeuge (Stoecker) göttlicher Wahrheit, deutschen Geistes und sozialer Einsicht so verkannt, angefeindet, gehemmt und verlassen wurde²⁷.“

III. Die deutschnationale Agitation im Siegerland unter besonderer Berücksichtigung des Reichsschulgesetzes

Die deutschnationale Agitation im Siegener Raum wird vor allem in der politischen Berichterstattung, den Kommentaren, Leitartikeln und Wahlaufufen im „Volk“ faßbar. Es sind dabei überwiegend Vertreter des gemäßigten Parteiflügels und der Parteimitte, die im „Volk“ zu Wort kommen, Vertreter des rechten Parteiflügels treten nur selten in Erscheinung²⁸. Charakteristisch für diese Ausrichtung des Blattes sind Empfehlungen, die Reinhard Mumm, der selbst an der Zeitung beteiligt war, dem Schriftleiter Otto Beckmann gab. Mumm hatte dafür gesorgt, daß mit Wirkung vom 1. 9. 1926 der „Deutsche Pressedienst“, die Korrespondenz des Journalisten Adolf Stein, dem „Volk“ zuzug²⁹. Adolf Stein, der 1898 Stoeckers Wahl in Siegen organisiert

Stoeckers“. Vgl. auch den Artikel „Adolf Stoecker“ im V Nr. 130, 1928. Hier distanziert sich Mumm allerdings von der „so naheliegenden“ Betrachtung, Deutschlands Schicksal hätte anders ausgesehen, wenn Bismarck und die Hohenzollern Stoecker freie Hand gelassen hätten.

²⁵ So der authentische Wortlaut im Briefe Bodelschwings. Vgl. W. Frank, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung, Berlin 1928, S. 405 f. Mumm gibt in seinem Artikel diese Briefstelle ungenau wieder.

²⁶ In seiner Schrift „Adolf Stoecker ein Prophet und Vorkämpfer des Christlich-Sozialen Volksdienstes“ (Siegen 1931) bezieht sich E. Bach auf die zitierte Äußerung Bodelschwings und schreibt (S. 17): „Wie furchtbar hat sich das Wort Vater Bodelschwings, das hier sinngemäß wiedergegeben wird, bewahrheitet: ‚Wenn das christlich-soziale Banner sinkt, wird die Fahne der Hohenzollern folgen!‘“

²⁷ In einer schriftlichen Mitteilung vom 4. 11. 1958 an den Verfasser bezog sich Jakob Henrich, der Autor des „Ausgucks“ ebenfalls auf die oben bereits genannte Aussage Bodelschwings und schrieb: „Vater Bodelschwings Weissagung, an den Thronfolger des alten Kaisers gerichtet, daß die Hohenzollernfahne sinken würde, wenn das von Stoecker erhobene christlich-soziale Fähnlein fallen sollte, hat sich schrecklich erfüllt. Bismarck hat seinem Reich einen Bären dienst getan, als er den jungen Kaiser von Stoecker und dem christlich-sozialen Gedanken trennte.“

²⁸ So Freytagh-Loringhoven im V vom 20. 11. 1924. Im V vom 1. 12. 1924 u. 11. 5. 1928 finden sich Berichte über Wahlfreden Hugenbergs.

²⁹ Brief Mums vom 14. 8. 1926 an den „Deutschen Pressedienst“ und Schreiben der

hatte und somit im Siegerland kein Unbekannter war, neigte aber immer mehr zum Hugenberg-Flügel der Partei und wollte die Deutschnationalen, solange sie nicht in der Regierung waren, auf einen strikten Oppositionskurs festlegen. Mumm wies deshalb den Schriftleiter Otto Beckmann wiederholt darauf hin, Artikel von Adolf Stein, und seien sie auch noch so glänzend geschrieben, könnten nur dann im „Volk“ erscheinen, wenn sie nicht einer bloßen Opposition das Wort redeten³⁰. Nach der Reichstagswahl von 1928, als sich die Frontstellung der gemäßigten Parteikreise gegen Hugenberg verschärfte, schrieb Mumm sogar an Beckmann: „Bitte seien Sie jetzt recht vorsichtig in der Aufnahme von Artikeln von Herrn Stein: er steht ganz auf der Seite von Hugenberg, und wir im Westen und die Arbeiter stehen ganz gegen ihn, wenn da das „Volk“ nicht vorsichtig ist, gibt es Schwierigkeiten³¹.“

Die deutschnationale Wahlarbeit im Siegerland bewegte sich grundsätzlich im Rahmen der für die Gesamtpartei verbindlichen Richtlinien, wie sie etwa in den parteioffiziellen Aufrufen für die Reichstags- und preußischen Landtagswahlen vorliegen³², trug aber darüber hinaus der besonderen christlich-sozialen Tradition des Siegerlandes Rechnung. Den kirchen-, kultur- und schulpolitischen Fragen kam deshalb besondere Relevanz zu. Es muß hier genügen, diese Themenbereiche darzustellen; die Stellungnahme zu anderen innenpolitischen Fragen, zur Außenpolitik sowie die Auseinandersetzung mit den übrigen Parteien bleiben unberücksichtigt.

Die Deutschnationale Volkspartei hat in ihren amtlichen Verlautbarungen immer wieder hervorgehoben, für die Erhaltung eines lebendigen Christentums im Staats- und Volksleben eintreten zu wollen³³. In den Siegerländer Wahlkämpfen kam diesem Argument entscheidende Bedeutung zu. Man wies darauf hin, die Deutschnationale Volks-

Westdeutschen Verlagsanstalt in Siegen vom 16. 8. 1926 an Mumm. Alle Briefe im Nachlaß Reinhard Mumm (Deutsches Zentralarchiv Potsdam).

³⁰ Briefe Mumms vom 12. 4., 7. 10., 2. u. 18. 11. 1926. Durchschriften der Briefe a. a. O.

³¹ Brief vom 12. 7. 1928. Durchschrift a. a. O.

³² Vgl. den Aufruf des deutschnationalen Parteivorstandes vom 27. 12. 1918 (Richtlinien für die Wahl zur Nationalversammlung), abgedruckt bei W. Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956, S. 109–112; den Wahlaufuf für die Reichstagswahl am 6. 6. 1920, abgedruckt im V vom 3. 5. 1920; den Wahlaufuf für die preußische Landtagswahl am 20. 2. 1921, abgedruckt im V vom 20. 1. 1921; den Wahlaufuf für die Reichstagswahl am 4. 5. 1924, abgedruckt im V vom 25. 3. 1924; den Wahlaufuf für die Reichstagswahl am 7. 12. 1924, abgedruckt im V vom 29. 10. 1924 und die Wahlaufufe für die Reichstagswahl und die preußische Landtagswahl am 20. 5. 1928, auszugsweise wiedergegeben im V vom 19. 4. 1928.

³³ So beispielsweise in den in der vorhergehenden Anmerkung genannten Aufrufen im V vom 3. 5. 1920, 20. 1. 1921 u. 25. 3. 1924.

partei arbeite im Geiste des Christentums an dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes und kämpfe für die Erhaltung der christlichen Kultur³⁴. Das zeige sich einmal bei der Behandlung kirchenpolitischer Fragen, wenn es darum gehe, die freie Entfaltung der kirchlichen Kräfte verfassungsmäßig zu garantieren³⁵. So seien die Artikel 135 bis 141 der Weimarer Verfassung, durch die die Kirche praktisch von jeder staatlichen Bevormundung frei geworden sei, jedoch ihre alten Rechte gegenüber dem Staat grundsätzlich gewahrt habe, unter tatkräftiger Mitarbeit der Deutschnationalen zustande gekommen. Die Beratung zu dem preußischen Gesetz vom 19. 3. 1924, betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen, hätten gezeigt, daß die Deutschnationalen die einzige Partei seien, die die in den Kirchenverfassungen niedergelegten Forderungen der einzelnen preußischen Landeskirchen nach selbständiger Regelung ihrer innerkirchlichen Fragen vorbehaltlos unterstützt hätten. Die Deutschnationale Volkspartei befürworte weiterhin die Bestrebungen der Kirche für die Durchführung der Sonntagsruhe und für einen gesetzlichen Schutz der christlichen Feiertage.

Einen breiten Raum nahm im „Volk“ die Betonung religiös-sittlicher Forderungen ein. Aus diesem Grund wurde immer wieder auf die Notwendigkeit eines Gesetzes gegen die Verbreitung von Schund- und Schmutzliteratur, eines Gesetzes zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten und eines Schankstättengesetzes hingewiesen. Die Forderung nach diesen Gesetzen war ein stehender Punkt der Wahlagitation³⁶; über die deutschnationalen Bemühungen, diese Gesetze im Reichstag durchzubringen, und die Ablehnung dieser Gesetze durch die Linksparteien wurde ausführlich berichtet. Ein Gesetz gegen Schund und Schmutz, das den Vertrieb jugendgefährdenden Schrifttums unter Strafe stellte, wurde am 3. 12. 1926 – unter maßgeblicher Beteiligung der

³⁴ Vgl. z. B. die Artikel „Auf zur Wahl“ (V vom 19. 2. 1921), „An die bewußt evangelische Arbeiterschaft“ (V vom 1. 5. 1924), „Die Klärung“ (V vom 17. 10. 1924) und „Kann ein Sechzig-Millionen-Volk nicht untergehen?“ (V vom 6. 12. 1924); die Rede Mumms auf dem Kreisparteitag der Siegerländer DNVP am 26. 10. 1924 in Neunkirchen (Bericht im V vom 27. 10. 1924); die Rede Mumms am 7. 11. 1924 in Weidenau (Bericht im V vom 8. 11. 1924) und die Rede Rippels am 15. 11. 1924 in Siegen (Bericht . . . im V vom 17. 11. 1924).

³⁵ Zum Folgenden vgl. die Artikel „Die evangelische Christenheit und die kommende Reichstagswahl“ (V vom 22. 4. 1924), „Wahlfahrten“ (V vom 26. 4. 1924), „Die kirchlichen Fragen und die Deutschnationale Volkspartei“ (V vom 1. 11. 1924), „Die Erneuerung des kirchlichen Lebens“ (V vom 1. 12. 1924) und „Ein brennendes Volksanliegen. Um Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung“ (V vom 1. u. 2. 8. 1927).

³⁶ Vgl. z. B. den „Ausguck“ im V vom 12. 4. 1924 sowie die Artikel „Vorwärts-aufwärts! Und deutliche Sprache!“ (V vom 23. 10. 1924), „Es lebe der Kampf“ (V vom 24. 10. 1924), „Das Muß der Wahl“ (V vom 29. 11. 1924). Vgl. auch den „Stimmungsbericht vom Rheinischen Parteitag in Köln“ (V vom 12. 3. 1925).

Deutschnationalen – im Reichstag verabschiedet³⁷. Die Deutschnationalen zählten auch zu den stärksten Befürwortern des am 17. 5. 1927 beschlossenen Gesetzes zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten, das aber nicht rechtskräftig wurde, weil der Reichsrat dagegen Einspruch erhob. Das Gesetz sollte Jugendliche als Mitwirkende wie als Zuschauer von unsittlichen Revuen und Varietés fernhalten und „skrupellosen Verdienern“, beherrscht von einem „materialistischen, glaubenslosen Geist“, die Möglichkeiten zur sittlichen Gefährdung der Jugend nehmen³⁸. Von einem Schankstättengesetz, das die Konzessionserteilung für Gaststätten einschränken sollte, erwartete man eine Drosselung des Konsums alkoholischer Getränke³⁹. Es müsse verhindert werden, so hieß es am 27. 11. 1928 im „Volk“, daß „Likörstuben, Bars und Tanzdielen wie Pilze aus der Erde schössen“. Die Dringlichkeit des Gesetzes, das allerdings erst zum 1. 7. 1930 rechtskräftig wurde, hatte der geschäftsführende Vorstand des Siegerner deutschnationalen Kreisvereins bereits am 10. 5. 1926 in einer Eingabe an die Parteileitung hervorgehoben⁴⁰. In dem Schreiben wurde darauf hingewiesen, die Deutschnationalen würden im Siegerland Wähler verlieren, wenn die Partei im Reichstag in dieser Angelegenheit nicht initiativ werde.

Mit ganz besonderem Nachdruck hat man jedoch die positive Haltung der Deutschnationalen in der Frage der konfessionellen Schule hervorgehoben. Das war bereits bei den Wahlen für die Weimarer Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung der Fall, die im Siegerland vielfach als eine Entscheidung für oder gegen die christliche Schule angesehen wurden. Der damalige Schulkampf war durch die Maßnahmen von Konrad Haenisch und Adolph Hoffmann ausgelöst worden, die im November 1918 als Doppelminister an die Spitze des preußischen Kultusministeriums getreten waren und nun auf dem Erlaßwege versuchten, die schulpolitischen Ziele der beiden sozialde-

³⁷ Vgl. den „Ausguck“ im V vom 31. 1. u. 7. 2. 1925 sowie die Artikel „Der Kampf gegen Schund und Schmutz“ (V vom 15. 4. 1925), „Der Kampf gegen Schund- und Schmutzschriften“ (V vom 14. 7. 1927) und „Gegen Schund und Schmutz“ (V vom 3. 7. 1928).

³⁸ Vgl. die Artikel „Der Kampf gegen den Jugendschutz“, hier auch die angegebenen Zitate (V vom 5. 4. 1927), „Schutz der Jugendlichen“ (V vom 13. 5. 1927), „Jugendschutz“ (V vom 27. 5. 1927) und „Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten“ (V vom 19. 3. 1929).

³⁹ Vgl. die Artikel „Unnötige Kämpfe“ (V vom 27. 4. 1925), „Der Kampf gegen den Alkoholismus“ (V vom 7. 5. 1928) und „Gegen die Trunksucht“ (V vom 2. 2. 1929). Über die parlamentarische Arbeit an einem Schankstättengesetz berichtete H. Strathmann im V vom 6. u. 28. 2. 1928.

⁴⁰ Durchschrift der Eingabe im Nachlaß Reinhard Mumm. Am 17. 6. 1925 hatte die Siegerner Ortsgruppe der DNVP bereits die Vorlage eines Schankstättengesetzes gefordert, so Schreiben von E. Bach vom 17. 6. 1925 an Mumm, a. a. O.

mokratischen Parteien durchzusetzen. Es war vor allem der vom Mehrheitssozialisten Haenisch unterzeichnete Erlaß vom 29. 11. 1918⁴¹, der als Angriff auf den Religionsunterricht und die Bekenntnisschule betrachtet wurde und im Siegerland wie überall in Preußen zu schärfsten Protesten führte. Im „Volk“ und im „Evangelisten aus dem Siegerland“, dem Organ des Siegerländer Vereins für Reisepredigt, wurde betont⁴², hier komme die religionsfeindliche Tendenz der Sozialdemokratie zum Ausdruck. Die Entchristlichung der Jugend und die Heranbildung eines „heidnischen Geschlechts“⁴³ seien das Ziel der sozialdemokratischen Führer. Der Schule wolle man „ihr teuerstes Kleinod, die christliche Erziehung der Kinder“⁴⁴, nehmen. Einer solchen Entwicklung könne nur durch die Deutschnationale Volkspartei Einhalt geboten werden. In den Kreisen dieser Partei wisse man noch den Wert einer religiösen Erziehung zu schätzen und trete man konsequent nicht nur für die Beibehaltung des Religionsunterrichts, sondern auch für den konfessionellen Charakter der Schulen ein.

In der Weimarer Nationalversammlung gelang es der sozialdemokratischen Partei nicht, ihr Ideal der weltlichen Einheitsschule durchzusetzen. Die Bestimmungen der Weimarer Verfassung brachten vielmehr auf Grund der Sperrvorschrift des Artikels 174 eine Festschreibung der bestehenden Verhältnisse, insbesondere eine Sicherung der vorhan-

⁴¹ Der Erlaß brachte die Aufhebung des Religionszwanges in der Schule, hob das Schulgebet auf, wo es bisher noch üblich war, verbot Schulfeiern religiöser Art, befreite die Lehrer von der Verpflichtung, Religionsunterricht zu erteilen und machte die Teilnahme am Religionsunterricht fakultativ. Vgl. C. Führ, Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, Weinheim 1972, S. 31 f. und G. Mehnert, Evangelische Kirche und Politik 1917–1919, Düsseldorf 1959, S. 98 u. 107 f.

⁴² Zum Folgenden vgl. die Artikel „Beruft die Generalsynode“ (V vom 22. 11. 1918), „Die Zukunft der Schule“ (V vom 26. 11. 1918), „Herr Adolf Hoffmann“ (V vom 3. 12. 1918), „Adolf Hoffmann als Erzieher“ (V vom 7. 12. 1918), „Die religionslose Schule – das Verderben unseres Volkes!“ (V vom 9. 12. 1918), „Ans Werk!“ (V vom 10. 12. 1918), „Keine Schulandacht mehr“ (V vom 12. 12. 1918 f.), „Das Weihnachtsfest – und Adolf Hoffmanns Zukunftsschule“ (V vom 14. 12. 1918), „Kein Lernen mehr in der Schule – für den höchsten Beruf“ (V vom 18. 12. 1918), „Die Vergewaltigung christlicher Eltern durch Adolf Hoffmann“ (V vom 19. 12. 1918), „Verbotene Weihnachtslieder“ (V vom 21. 12. 1918), die Ausführungen im V vom 6. 1. 1919, „Religionslose Schule, Einheitsschule, Konfessionsschule – drei Ziele der politischen Parteien“ (V vom 15. u. 16. 1. 1919), „Um die Schule“ (V vom 17. 1. 1919), den Wahlauf Ruf „Warum wähle ich deutschnational“ (V vom 25. 1. 1919), die Aufsätze „Der Kampf um die heiligsten Güter“ (Ev vom 12. 1. 1919), „Wie die Sozialdemokraten über den Religionsunterricht in der Schule denken“ (Ev vom 19. 1. 1919) und die Ausführungen im Ev vom 26. 1. 1919. Ev hier und im folgenden als Abkürzung für „Evangelist aus dem Siegerland“ gebraucht.

⁴³ Vgl. die beiden Artikel „Die neue Zeit und unsere Aufgaben“ (Ev vom 1. 12. 1918) und „Man tastet die heiligsten Güter an“ (Ev vom 22. 12. 1918).

⁴⁴ Vgl. den Wahlauf Ruf „Warum wähle ich deutschnational“ (V vom 25. 1. 1919).

denen Bekenntnisschulen. Wichtig für die schulpolitische Entwicklung der folgenden Jahre wurde das in Artikel 146 Abs. 2 in Aussicht gestellte Gesetz, das für die in der Verfassung grundsätzlich zugestandene weltanschauliche Gliederung der Volksschule den reichsrechtlichen Rahmen abgeben sollte.

In der Folgezeit haben die Deutschnationalen stets die Dringlichkeit des in Aussicht gestellten Reichsschulgesetzes hervorgehoben. An den Siegener Reichstags- und Landtagswahlkämpfen läßt sich beobachten, daß die Forderung nach dem Reichsschulgesetz eines der am häufigsten wiederkehrenden Motive der deutschnationalen Agitation darstellt⁴⁵. Einen Höhepunkt erreichten diese Bestrebungen vor den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1924⁴⁶. Deutlich wird die Absicht der Deutschnationalen spürbar, in der kommenden Legislaturperiode die Schulfrage einer abschließenden Klärung zuzuführen und über das Reichsschulgesetz die Bekenntnisschule reichsrechtlich abzusichern. Nur in der Bekenntnisschule sah man eine christliche Erziehung gewährleistet, und diese wiederum betrachtete man als die entscheidende Grundlage für ein sittlich gesundes Volk und ein lebendiges evangelisches Volkskirchentum. An die Wähler, insbesondere die christlichen Eltern, erging deshalb der Hinweis, sie würden mit dem Stimmzettel auch über den künftigen Charakter der Schule entscheiden, und die Stimmabgabe für oder gegen die Deutschnationale Volkspartei könne „die christliche Schule fördern oder hemmen“⁴⁷.

Unter der Rechtsregierung des 4. Kabinetts Marx glaubten die Deutschnationalen, ihre schulischen Pläne verwirklichen zu können⁴⁸. Zu diesem Zweck brachte der deutschnationale Innenminister von Keudell im Juli 1927 den Entwurf eines Reichsschulgesetzes ein. Der Ge-

⁴⁵ Vgl. z. B. den „Ausguck“ im V vom 3. 4. 1920; die Ausführungen im V vom 3. u. 4. 5. 1920 jeweils S. 2; den Abdruck einer Rede Mumms aus der Weimarer Nationalversammlung im V vom 11., 14., 15. u. 17. 5. 1920; die Artikel „Schlaglichter auf das Einst und Jetzt“ (V vom 25. 1. 1921), „Auch ein Wahlaufruf“ (V vom 5. 2. 1921), den Leitartikel im V vom 11. 2. 1921 und „Der 20. Februar 1921, ein Schicksalstag für die christliche Schule“ (V vom 19. 2. 1921).

⁴⁶ Zum Folgenden vgl. den Sammelbericht über deutschnationale Wahlversammlungen im V vom 15. 4. 1924, den Bericht über Lambachs Wahlrede am 23. 4. 1924 in Siegen (V vom 24. 4. 1924) sowie die Artikel „Wie scheiterte das Reichsschulgesetz?“ (V vom 11. 3. 1924), „An die bewußt evangelische Arbeiterschaft“ (V vom 1. 5. 1924), „Die Klärung“ (V vom 17. 10. 1924), „Das Ringen um die christliche Schule“ (V vom 11. 11. 1924) und „Die Entscheidung des 7. Dezembers“ (V vom 29. 11. 1924).

⁴⁷ Zitat aus dem Artikel „Die Wahlpflicht des Christen“ (V vom 15. 4. 1924).

⁴⁸ Zum Folgenden vgl. R. Mumm, *Der christlich-soziale Gedanke*, Berlin 1932, S. 128 f.; F. Stampfer, *Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik*, Offenbach-Main 1947, S. 508; E. Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, Erlbach-Zürich und Stuttgart 1959, Bd. 2, S. 197 f. und C. Führ, *Zur Schulpolitik der Weimarer Republik*, S. 69 ff.

setzesentwurf zielte darauf ab, die konfessionelle Schule gleichberechtigt neben die simultane und weltliche Schule zu stellen. Die Beratungen über das Gesetz, die bald im Bildungsausschuß des Reichstages und innerhalb der Regierungsparteien begannen, führten jedoch zu einem negativen Ergebnis. Nicht einmal unter den Regierungsparteien herrschte Übereinstimmung, da die Deutsche Volkspartei die im Gesetz enthaltenen Bestimmungen für die konfessionelle Schule als zu weitgehend erachtete. Die Uneinigkeit über die Schulpolitik trug schließlich im Februar 1928 zum Scheitern der gesamten Regierungskoalition bei, so daß der Reichstag aufgelöst werden mußte. Die Neuwahlen wurden auf den 20. Mai angesetzt.

Im „Volk“ wurde damals erklärt⁴⁹, mit dem Scheitern des Keudellschen Schulgesetzentwurfes sei für die Deutschnationalen der Schulkampf nicht beendet, er werde vielmehr von neuem beginnen. Für die Deutschnationale Volkspartei bedeute die Sicherung der konfessionellen Schule eine viel zu wichtige Sache, als daß sie koalitionstaktischen Erwägungen untergeordnet werden könne. Es gehe bei der kommenden Reichstagswahl erneut darum, darauf wurde in Leitartikeln und Flugblättern nachdrücklich hingewiesen, ob man Abgeordnete wählen wolle, die für die konfessionelle Schule und damit für die Gewährleistung einer echten christlichen Erziehung einträten oder solche, denen diese Fragen gleichgültig seien.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte keinen Erfolg, als sie auch nach den Reichstagswahlen vom 20. 5. 1928 noch versuchte, ihre Forderung nach einem Reichsschulgesetz, das die konfessionelle Schule ausdrücklich anerkannt hätte, durchzusetzen. Der Schritt der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die am 18. 7. 1928 den Keudellschen Gesetzentwurf in etwas abgeänderter Form im Reichstag erneut einbrachte, führte nicht zum Ziel⁵⁰.

Die Bemühungen der Deutschnationalen für die konfessionelle Schule konnten gerade im Siegerland ein lebhaftes Echo finden, da hier unter der Bevölkerung eine starke Bewegung vorhanden war, die die gleiche Absicht verfolgte. Als nach der Novemberrevolution die Einfüh-

⁴⁹ Zum Folgenden vgl. den „Ausguck“ im V vom 7. u. 21. 4. 1928; die Artikel „Das Recht der deutschen Eltern auf christliche Erziehung ihrer Kinder“ (V vom 27. 3. 1928) und „Warum der Reichstag aufgelöst wurde“ (V vom 12. 4. 1928); die Rede Mumms auf der Jahreshauptversammlung des Siegerländer deutschnationalen Kreisvereins am 4. 3. 1928 (Bericht im V vom 5. 3. 1928); die Flugblätter „Es geht um Deutschlands Zukunft“ und „Deutsche Volksgenossen, Augen auf!“ (Beilage zur SZ und zum V vom 18. 5. 1928).

⁵⁰ Vgl. die beiden Artikel „Der neue Schulkampf beginnt“ (V vom 18. 7. 1928) und „Vorwärts zu einem Reichsschulgesetz“ (V vom 28. 12. 1928) sowie den „Ausguck“ im V vom 5. 1. und 16. 2. 1929.

rung der weltlichen Schule bevorzustehen schien und aus dem ganzen Reich eine Bittschriftenwelle an die Nationalversammlung zur Erhaltung der konfessionellen Schule einsetzte⁵¹, befand sich unter den zahlreichen Petitionen auch eine Adresse aus dem Kreise Siegen. Die Siegener Petition, die von den Pfarrern der Kreissynode aufgesetzt worden war, hatte über 30 000 Unterschriften gefunden⁵². Am 30. 12. 1918 wurde in Siegen von Pfarrern, Volksschullehrern, „Kirchen- und Schulfreunden“ der „Evangelische Schulverein Siegerland“ gegründet, der sich für die konfessionelle Schule einsetzen wollte und im Jahre 1920 bereits mehr als 23 000 Mitglieder zählte⁵³. Einen Vorläufer dieses Schulvereins bildete der „Arbeitsausschuß für christliche Jugenderziehung“, der sich unmittelbar nach dem Erlaß des preußischen Kultusministers Haenisch vom 29. 11. 1918 gebildet hatte⁵⁴.

Der Keudellsche Schulgesetzentwurf fand im Siegerland lebhafteste Zustimmung. Seitens der Siegener Kreissynode und des Evangelischen Schulvereins wurde unter dem Vorsitz des damaligen Superintendenten Hubbert ein Aktionsausschuß gebildet, der sich zum Ziel setzte, in jeder Siegerländer Schulgemeinde im Rahmen einer öffentlichen Versammlung einen Beschluß für den Keudellschen Gesetzentwurf fassen zu lassen. Diese Aktion konnte mit großem Erfolg durchgeführt werden⁵⁵. Als feststand, daß sich die Keudellsche Gesetzesvorlage nicht verwirklichen ließ, fand am 19. 2. 1928 in Siegen eine sehr stark besuchte „Kundgebung für die christliche Schule“ statt. In einer Entschlie- ßung wurde das Scheitern des Reichsschulgesetzes „mit Schmerz und Entrüstung“ bedauert. Man erklärte, weiterhin für die Sache der konfessionellen Schule eintreten zu wollen und gab den führenden Persön-

⁵¹ Vgl. G. Mehnert, *Evangelische Kirche und Politik 1917–1919*, S. 108 f. sowie die Ausführungen Mumms am 11. 3. 1919 in der Weimarer Nationalversammlung (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 326, S. 663 ff.).

⁵² Die Petition abgedruckt im V vom 19. 2. 1919. Vgl. auch Schlosser-Neuser, Bd. 2, S. 461 f.

⁵³ Berichte über die Gründungsversammlung des Vereins in der SZ und im V vom 2. 1. 1919; vgl. auch den „Ausguck“ im V vom 17. 1. 1920.

⁵⁴ So die Angaben in den Artikeln „Keine Schulandacht mehr“ (V vom 12. 12. 1918) und „Kein Lernen mehr in der Schule – für den höchsten Beruf“ (V vom 18. 12. 1918).

⁵⁵ Vgl. die Ausführungen im V vom 1. 10. 1927, S. 2; im V vom 17. 10. 1927, 2. Blatt, S. 2; den Artikel „Die Schulaktion im Siegener Kirchenkreis“ (V vom 13. 1. 1928). Im Siegerland wurden damals 78 Entschlie- ßungen gefaßt. Man erklärte sich grundsätz- lich mit dem Keudellschen Entwurf einverstanden, erhob aber dazu noch zwei Forderungen, die die Gleichberechtigung freikirchlicher Kreise an der evangelischen Schule und eine weitere Ausgestaltung des Elternrechtes betrafen. Vgl. auch Schlosser-Neuser, Bd. 2, S. 463.

lichkeiten im Kampf für die Gesetzesvorlage die Versicherung: „Wir stehen hinter Euch – vertrauend, fürbittend, kämpfend⁵⁶!“

Im Zusammenhang mit den Hinweisen auf die christliche Politik und die christlichen Ziele der Deutschnationalen wurde im „Volk“ immer wieder auf die Bedeutung der Stimmabgabe gerade für die Christen hingewiesen⁵⁷. Man mahnte die Christen einmal an ihre Wahlpflicht und legte dar, ein Christ dürfe sich nicht in weltflüchtiger Einstellung auf die Pflege seines Glaubenslebens beschränken, sondern müsse als „Bürger zweier Welten“ auch seine Aufgaben der Obrigkeit gegenüber treu erfüllen und an den festgesetzten Wahltagen seiner Stimmabgabe genügen. Lauheit bei der Wahl sei „Sünde gegen das Volk“, aber auch „Sünde vor Gott“⁵⁸. Diese Argumentation, vor jeder Wahl eindringlich wiederholt, erschien notwendig, um quietistischen Strömungen im Siegerländer Gemeinschaftschristentum zu begegnen, war doch aus Gemeinschaftskreisen die Stimme laut geworden, man brauche sich nicht an den Wahlen zu beteiligen, da man bereits „den Herrn Jesus gewählt“⁵⁹ habe.

Die Bestrebungen im „Volk“, die christlich gesinnten Bevölkerungskreise des Siegerlandes möglichst vollzählig an die Wahlurne zu bringen, fanden eine Parallele in entsprechenden Schritten, die von kirchlicher Seite und von der Leitung der Gemeinschaftsbewegung unternommen wurden. So riefen die Siegerner Synodalältesten anlässlich der Reichstagswahl vom 4. 5. 1924 die evangelischen Christen des Siegerlandes dazu auf, aus evangelischer Verantwortung heraus das Wahlrecht als eine Wahlpflicht anzusehen⁶⁰, und die Schriftleitung des „Evangelisten aus dem Siegerland“ appellierte vor jeder Reichstagswahl an die Gemeinschaftsleute, bei dem „Bau des Reiches Gottes“ an den Dingen des öffentlichen Lebens, insbesondere dem Wahltag, nicht achtlos vorüberzugehen⁶¹.

Bei der Stimmabgabe selbst erwarteten die Deutschnationalen von den Christen das Votum für die eigene Partei. War diese Entscheidung

⁵⁶ Berichte über die Kundgebung in der SZ und im V vom 20. 2. 1928; an beiden Stellen auch die Entschließung im Wortlaut abgedruckt.

⁵⁷ Zum Folgenden vgl. u. a. die Artikel „Die Wahlpflicht des Christen“ (V vom 15. 4. 1924), „Gleichgültigkeit – Gewissenlosigkeit“ (V vom 4. 12. 1924) sowie den „Ausguck“ im V vom 12. 2. 1921, 29. 11. u. 6. 12. 1924 u. 5. 5. 1928.

⁵⁸ So Henrich im „Ausguck“ vom 12. 6. 1920.

⁵⁹ Vgl. R. Mumm, Der christlich-soziale Gedanke, S. 46; den Artikel „Welche Stellung hat ein Christ zur Wahl einzunehmen?“ (V vom 2. 5. 1924) und den „Ausguck“ im V vom 18. 5. 1928.

⁶⁰ Vgl. den Aufruf „Wahlpflicht“ im V vom 1. 5. u. in der SZ vom 2. 5. 1924.

⁶¹ So die Artikel „Was ist zu tun?“ (Ev vom 12. 1. 1919), „Unsere Christenpflicht“ (Ev vom 19. 1. 1919), „Die Christen an die Front!“ (V vom 2. 1. u. Ev vom 19. 1. 1919), „Zur Reichstagswahl“ (Ev vom 30. 5. 1920), „Der Christ und die Welt“ (Ev vom 27. 4. u. V vom 2. 5. 1924) und „Die Wahl“ (Ev vom 13. 5. 1928).

bereits durch die Hinweise auf den Einsatz der Deutschnationalen für die evangelisch-kirchlichen Belange als angemessen und notwendig hingestellt worden, so wurde sie durch die wiederholte Anwendung biblischer Worte noch eindringlicher gefordert. Die Stelle 2. Mose 18, 21, die den Rat Jethros an seinen Schwiegersohn Mose enthält, sich nach redlichen und frommen Männern umzusehen, die ihm bei der Leitung des Volkes Israel zur Seite stehen könnten, diene als Begründung für die Aufforderung, nur gottesfürchtige Männer in die Parlamente zu wählen, und war zugleich der Ausgangspunkt für die weitgehende Bemerkung, man möge bei den Wahlen stets eingedenk sein, daß es um die Alternative gehe, ob Deutschland „ein Volk mit Gott oder ohne Gott“ sein wolle⁶².

Das Wort des Propheten Jeremia an die in babylonischer Verbannung befindlichen Juden, sie möchten das Beste der Stadt suchen, in der sie gefangen gehalten würden (Jer. 29, 7), gab Veranlassung zu der Argumentation, der Christ sei gehalten, das Beste für seinen Staat zu erstreben und müsse deshalb bei der Wahl in jeder Hinsicht seine Pflicht tun⁶³. Der deutschnationale Parteimann A. Sturm zitierte das Jeremia-Wort in einem Artikel „Der Christ und die Wahl“, und kam zu dem Schluß, der Christ habe nur dann seine Wahlpflicht erfüllt, wenn er sich an der Wahl beteilige und den Deutschnationalen seine Stimme gebe⁶⁴.

Der Gesichtspunkt, die Christen müßten die Deutschnationalen politisch unterstützen, bestimmte auch in erster Linie die Agitation, durch die man die weiblichen Wählerstimmen zu gewinnen suchte⁶⁵. In zahlreichen Aufsätzen und Kommentaren wurde im „Volk“ ausgeführt, die Frauen, die durch die Novemberrevolution „das nie begehrt Wahlrecht“⁶⁶ erhalten hätten, könnten als die „treuen Hüterinnen

⁶² Vgl. die Artikel „Vor der Entscheidung“ und „Ist Religion wirklich Privatsache?“ (V vom 18. 1. 1919).

⁶³ Vgl. den Artikel „Welche Stellung hat ein Christ zur Wahl einzunehmen?“ (V vom 2. 5. 1924).

⁶⁴ Der Artikel A. Sturms im V vom 6. 12. 1924.

⁶⁵ Zur Wahlagitation, die sich an die Frauen wandte, vgl. die Artikel „Der Deutschchristliche Frauenbund am Vaterlande“ (V vom 28. 11. 1918), „Das Wahlrecht der Frauen“ (V vom 16. 12. 1918), „Deutsche Frauen auf den Plan!“ (V vom 17. 12. 1918), „Zum Frauenwahlrecht“ (V vom 23. 12. 1918), „Die Stellung der christlichen Frau in der Gegenwart“ (V vom 3. 1. 1919), „An die deutschen Frauen“ (V vom 7. 1. 1919), „Die Frau und die neue Zeit“ (V vom 9. 1. 1919), „Zeitenwende“ (V vom 13. 1. 1919), „An die deutschen Wählerinnen“ (V vom 14. 1. 1919), „An Preußens Frauen“ (V vom 14. 2. 1921), „Deutsche Frauen, auf zur Wahl!“ (V vom 15. 11. 1924), „An die deutschnationalen Frauen von Westfalen-Süd“ (V vom 25. 11. 1924), „Ein Wort an die Frauen“ (V vom 5. 12. 1924), „Deutsche Frauen, tut Eure Pflicht!“ (V vom 16. 5. 1928) und „Die christliche Frau und die Wahlen“ (V vom 18. 5. 1928).

⁶⁶ So in dem Artikel „Frauen an die Front“ (V vom 24. 4. 1924).

religiösen und sittlichen Lebens“⁶⁷, die „ihren Kindern die Religion erhalten wissen“⁶⁸ wollten, nur für die Kandidaten der christlich und national gesinnten Rechten eintreten. Durch Versammlungen und aufklärende Vorträge, die eigens für Frauen abgehalten wurden⁶⁹, und durch die Gründung von Frauengruppen innerhalb der deutschnationalen Ortsverbände⁷⁰ suchte man diese Wahlarbeit noch zu intensivieren.

Die Kehrseite dieser mit christlichem Vorzeichen versehenen Agitation bestand in dem Hinweis, kein Christ dürfe die Linksparteien unterstützen, da diese wegen ihrer weltanschaulichen Grundlagen nicht tragbar seien. Wie auf außen- und innenpolitischem Gebiet, richtete man auch in diesem Zusammenhang die schärfsten Angriffe gegen die Mehrheitssozialdemokratie, während die im Siegerland nicht sonderlich starke kommunistische Partei und die nur zu Beginn der Weimarer Zeit bedeutende Unabhängige Sozialdemokratische Partei weniger häufig in die Polemik einbezogen wurden. Man zitierte antireligiöse Äußerungen sozialdemokratischer Politiker, verwies auf Länder und Kommunen, in denen eine sozialistische Mehrheit die weltliche Einheitsschule eingeführt und die Ausübung von Gottesdienst und Seelsorge in den Krankenanstalten erschwert hatte, und man nahm solche Vorfälle zum Anlaß, um die Mehrheitssozialdemokratie als eine schlechthin atheistische, religions- und kirchenfeindliche Partei zu charakterisieren, die das Vertrauen der christlichen Wählerschaft nicht verdiene⁷¹. Der Satz, ein Christ könne nicht „rot wählen“, ist der Siegerländer Bevölkerung regelrecht eingehämmert worden⁷².

Als Kronzeuge, der die Unvereinbarkeit von Christentum und Sozialismus beweisen sollte, wurde Adolf Stoecker zitiert⁷³. Man verwies auf dessen Ausführungen auf der Stuttgarter Tagung der kirchlich-sozialen Konferenz im Jahre 1901. Stoecker hatte damals ein Referat über

⁶⁷ So in dem Artikel „Demokratischer Stimmenfang bei den Frauen“ (V vom 4. 6. 1920).

⁶⁸ V vom 6. 5. 1920, S. 2.

⁶⁹ Anzeigen für Frauenversammlungen der DNVP finden sich im V sehr häufig vor jeder Reichs- und Landtagswahl. Berichte über deutschnationale Frauenversammlungen im V vom 31. 5. 1920, S. 3 unter Klafeld-Geisweid; im V vom 29. 11. 1924, S. 2 unter Siegen; im V vom 1. 12. 1924, S. 2 f. unter Eisern und Kreuztal und im V vom 5. 12. 1924, S. 3 unter Buschhütten.

⁷⁰ Vgl. die Berichte im V vom 9. 12. 1918, S. 2 unter Siegen und im V vom 1. 12. 1924 unter Weidenau.

⁷¹ Vgl. den Artikel „Sozialdemokratie und Religion“ (V vom 19. 1. 1919), den Aufruf „Christ und Sozialdemokrat ...“ (V vom 25. 1. 1919, S. 2), den „Ausguck“ im V vom 17. 1. 1925 u. vom 18. 5. 1928, den Artikel „Sozialdemokraten und Kommunisten als Religionsschänder“ (V vom 12. 5. 1928) und die beiden Flugblätter „Es geht um Deutschlands Zukunft“ und „Deutsche Volksgenossen, Augen auf!“ (Beilagen zur SZ u. zum V vom 18. 5. 1928).

⁷² Vgl. z. B. den „Ausguck“ im V vom 29. 5. 1920.

⁷³ Vgl. den Leitartikel im V vom 1. 2. 1921, verfaßt von G. Weigelt.

das Thema gehalten: „Kann ein Christ Sozialdemokrat, kann ein Sozialdemokrat Christ sein?“ und seine Ausführungen in der These zusammengefaßt: „Ein bewußter Christ kann . . . kein bewußter Sozialdemokrat sein oder werden; wohl aber ist es erklärlich, daß Christen, welche die Tiefe der Gegensätze nicht ermessen, sich der Sozialdemokratie anschließen⁷⁴.“

Die sozialdemokratische Partei im Siegerland suchte dagegen nachzuweisen, Christentum und Sozialismus seien durchaus miteinander vereinbar. Sie ließ zu diesem Zweck wiederholt Pfarrer der religiös-sozialistischen Richtung in Wahlversammlungen sprechen⁷⁵. Von deutsch-nationaler Seite wurden solche Veranstaltungen als wahltaktische Versuche hingestellt, die nur von der Absicht diktiert seien, durch „geeignete Redner“ im „christlichen“ Siegerland christliche Wählerstimmen zu gewinnen⁷⁶. Im „Volk“ war zudem mehrfach die Bemerkung zu finden, die Sozialdemokraten hätten im Siegerland bewußt „christliche Töne“ angeschlagen, um die Bevölkerung zur Unterstützung ihrer Partei zu bewegen⁷⁷.

Niemand wird diese massive deutsch-nationale Agitation mit christlichen Vorzeichen verteidigen wollen. Die Deutsch-nationale Volkspartei war in sich viel zu heterogen, um als christliche Partei gelten zu können; sie konnte allenfalls für sich beanspruchen, keinen ausgeprägten Gegner des Christentums in ihren Reihen zu haben.

Man muß aber auf eine personale Bindung hinweisen, die in der hier gekennzeichneten Wahlarbeit zum Tragen kam. Es war das Vertrauensverhältnis der Siegerländer Deutsch-nationalen zu Reinhard Mumm, der 1912 das Siegener Reichstagsmandat Stoeckers übernom-

⁷⁴ A. Stoecker, Kann ein Christ Sozialdemokrat, kann ein Sozialdemokrat Christ sein? Aus den Verhandlungen der 6. Hauptversammlung der freien kirchlich-sozialen Konferenz zu Stuttgart am 28.–31. 5. 1901. Referat mit Diskussion (Heft 19 der freien kirchlich-sozialen Konferenz), Berlin o. J., S. 18. Stoecker, der die damalige Sozialdemokratie nicht so sehr nach ihrem Parteiprogramm, sondern nach ihrem öffentlichen Auftreten beurteilte, sah die „Tiefe der Gegensätze“ vor allem durch vier Punkte gegeben: durch die klassenkämpferische Einstellung der Sozialdemokratie, ihre antimonarchische Haltung, ihr Bekenntnis zur materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx und ihre Absicht, die sozialistische Gesellschaftsordnung ohne Zuhilfenahme der geistigen und sittlichen Kräfte des Christentums aufzubauen (a. a. O., S. 15–18).

⁷⁵ Folgende sozialdemokratische Wahlversammlungen, auf denen Pfarrer der religiös-sozialistischen Richtung sprachen, konnten ermittelt werden: Pfarrer Fritze aus Köln sprach am 2. 2. 1921 in Siegen (Berichte in der SZ vom 3. 2. u. im V vom 4. 2. 1921), Pfarrer Schultheis aus Schlüchtern hielt vom 24. bis zum 29. 11. 1924 Versammlungen im Siegerland ab (Anzeige in der SZ vom 22. 11. u. Bericht in der SZ vom 29. 11. 1924), Pfarrer Eckert aus Mannheim sprach am 19. 5. 1928 in Siegen (Anzeige in der SZ vom 18. 5. 1928).

⁷⁶ So R. Mumm, Der christlich-soziale Gedanke, S. 45 u. 47.

⁷⁷ Vgl. die beiden Artikel „Vor der Entscheidung“ und „Aus dem Siegerländer Wahl-

men hatte und auch während der Zeit der Weimarer Republik der eigentliche politische Führer blieb. Er war in den Wahlkämpfen der Hauptredner, kam in der Regel auf den Jahreshauptversammlungen des Siegerländer deutschnationalen Kreisvereins zu Wort⁷⁸ und wirkte meinungsbildend durch seine zahlreichen Artikel, die zu aktuellen politischen Fragen im „Volk“ erschienen. Mumm sagt selbst, die Zentrale seiner politischen Arbeit sei immer das Siegerland gewesen⁷⁹. Da er wiederholt die deutschnationale Kandidatenliste für den Wahlkreis Westfalen-Süd anführte, haben sich die Siegerländer dafür eingesetzt, damit „unser Mumm“, der „Geisteserbe Adolf Stoeckers“, gewählt werde⁸⁰. Als Mitglied des Reichstages hat sich Mumm besonders für kirchen-, kultur- und schulpolitische Belange eingesetzt. An der Verabschiedung der Gesetze gegen Schund und Schmutz und zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten hatte er maßgeblichen Anteil, und unter den deutschnationalen Parlamentariern war er wohl der beredteste Verfechter des Reichsschulgesetzes, das die endgültige Sicherung der Bekenntnisschule bringen sollte⁸¹. Mit dieser Art der Reichstagsarbeit gingen die sittlichen und religiösen Bestrebungen christlicher Gruppen im Siegerland eine enge Symbiose ein. Als deshalb vor der Reichstagswahl vom 20. 5. 1928 Mumm wegen seiner Arbeit im Reichstag von sozialdemokratischer Seite als „Häuptling und Führer des gesamten deutschen Muckertums“ apostrophiert wurde, antwortete ein deutschnationaler Aufruf: „Solch Feindeslob klingt! Solchen Mann braucht das Siegerland, der für biblisches Christentum kämpft, der für die christliche Schule kämpft, der gegen Schund und Schmutz kämpft⁸²!“

Die enge Verbindung Mums zum Siegerland kam auch darin zum Ausdruck, daß er sich in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter unablässig für die wirtschaftlichen Interessen des Siegerlandes einsetzte. So hat er sich für die Erhaltung der Gerbereien verwandt, indem er die Abnahme des mit Eichenlohe gegerbten Leders seitens des Heeres förderte⁸³. Er befürwortete die staatlichen Subventionen für den Siegerländer Erzbergbau und hatte namentlich Anteil daran, daß mit Wirkung vom 1. 4. 1929 den Gruben erneut wirksame Hilfsmaß-

kampf“ (V vom 19. 5. 1928).

⁷⁸ Vgl. z. B. die Berichte über die Kreisparteitage am 26. 10. 1924 (V vom 27. 10. 1924) und am 4. 3. 1928 (V vom 5. 3. 1928).

⁷⁹ R. Mumm, Der christlich-soziale Gedanke, S. 108.

⁸⁰ Vgl. den „Ausguck“ im V vom 31. 3. 1928, die Ausführungen im V vom 21. 4. 1928 2. Blatt, S. 1 und den Aufruf „Ein letztes Wort“ (V vom 19. 5. 1928).

⁸¹ Vgl. H. Busch, Reinhard Mumm als Reichstagsabgeordneter (Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte Bd. 65, 1972, S. 189 ff.).

⁸² Der Aufruf im V vom 19. 5. 1928.

⁸³ R. Mumm, Der christlich-soziale Gedanke, S. 46.

nahmen zuteil wurden⁸⁴. Auch in vielen Fällen persönlicher Not hat sich Mumm eingeschaltet und geholfen, wo er nur konnte. „D'r Mumm“ müsse sich einsetzen, so hieß es im Volksmund, wenn alle anderen Wege versagt hatten, eine notwendige Hilfsmaßnahme zu erreichen⁸⁵.

IV. Die Wahlergebnisse von 1919 bis 1928 und die politische Meinungsbildung in den christlichen Organisationen und Gruppen

In den Anfangsjahren der Weimarer Republik vermochten die Deutschnationalen ihren Stimmenanteil von Wahl zu Wahl zu steigern. Ihr bestes Ergebnis im Siegerland erzielten sie bei der Reichstagswahl vom 4. 5. 1924, als 26760 Wähler (45,7%) der Partei ihre Stimme gaben, im Reichsdurchschnitt waren es dagegen nur 19,5%⁸⁶. Wie dominierend die Stellung der Deutschnationalen im Kreis Siegen war, macht ein Vergleich zu den übrigen Parteien deutlich. Zweitstärkste Partei bei den Maiwahlen von 1924 war das Zentrum, das 9352 Wähler (16,0%) auf sich vereinigen konnte. Alle anderen Parteien, auch die Sozialdemokratie, lagen damals unter der Marke von 10%. Die deutschnationale Hochburg im Kreis Siegen war das Amt Freudenberg, wo 2894 wähler 672,1%) für die partei optierten⁸⁷. Auch in den Ämtern Burbach, Eisefeld und Wilnsdorf lag der deutschnationale Stimmenanteil über 50%. Am geringsten war er dagegen mit 34,5% in der Stadt Siegen und mit 33,7% im Amt Netphen. In beiden Verwaltungsbezirken lagen besondere Verhältnisse vor. Die Stadt Siegen hatte traditionell eine starke rechtsliberale Wählergruppe, die in der Weimarer Zeit der Deutschen Volkspartei ihre Stimme gab, und im Amt Netphen wohnte der größte Teil der katholischen Bevölkerung des Siegerlandes, der parteipolitisch auf das Zentrum ausgerichtet war und diesem hier den hohen Stimmenanteil von 53,8% verschaffte.

Bis zur Reichstagswahl vom 20. 5. 1928 mußten die Deutschnationalen erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen; sie behielten damals nur noch 19664 Wähler (34,0%) hinter sich. Damit hatten sie zwar für den Kreis Siegen ein relatives Ergebnis erreicht, das immer noch mehr als doppelt so hoch war wie der durchschnittliche deutschnationale Stimmenanteil von 14,3% im Reich, aber der Vorsprung gegenüber den übrigen Parteien auf Kreisebene war doch merklich geschrumpft. Zweitstärkste Partei im Kreis Siegen wurde jetzt mit

⁸⁴ Vgl. die Ausführungen im V vom 22. 2. u. 8. 3. 1929.

⁸⁵ Vgl. Anm. 83 und die Ausführungen im V vom 16. 1. 1919, S. 1 f.

⁸⁶ Die Zahlenangaben, soweit kein besonderer Hinweis vorliegt, nach H. Busch, Die Stoeckerbewegung im Siegerland, Siegen 1968, Tabelle XIII, S. 243.

⁸⁷ Die Zahlenangaben für die Ämter und die Stadt Siegen zusammengestellt nach den Angaben in der SZ vom 12. 5. 1924.

11814 Stimmen (20,4%) die Sozialdemokratie. Außer dem Zentrum, für das sich diesmal 8836 Wähler (15,3%) entschieden hatte, blieben allerdings alle übrigen Parteien unter der Grenze von 10%.

Die Gründe für den Rückgang der deutschnationalen Stimmen lagen einmal in der beginnenden Stimmenzersplitterung der bürgerlichen Rechten. So waren die 3373 nationalsozialistischen Stimmen (5,8%) wie auch die 4611 Stimmen für die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (8,0%) überwiegend auf Kosten der deutschnationalen Partei abgegeben worden⁸⁸. Zum anderen aber befanden sich die Deutschnationalen nun in einer veränderten Situation. Hatten sie bis 1924 immer in Opposition gestanden, so galten sie nun, weil sie den bürgerlichen Rechtskoalitionen des ersten Kabinetts Luther und des vierten Kabinetts Marx angehört hatten, als „Regierungspartei“, die ihren Anhängern erklären mußte, warum sich so viele Zielsetzungen nicht hatten verwirklichen lassen⁸⁹.

Untersucht man, welche religiösen Gruppen die Deutschnationalen im Siegerland unterstützt haben, so läßt sich für die evangelische Pfarrerschaft kein eindeutiges Urteil gewinnen. Verschiedene Hinweise sprechen aber dafür, daß die Pfarrerschaft, zumindest zum größten Teil, mit den Deutschnationalen sympathisierte. So bezeichnete Superintendent Hubbert auf der Kreissynodaltagung im Jahre 1921 die Deutschnationalen als eine Partei „mit ausgesprochen deutsch-evangelischem Charakter“, und die Kirchengemeinden Netphen und Niederschelden sprachen im gleichen Jahr Reinhard Mumm „für sein wirksames Eintreten für Kirche und Schule Dank und Anerkennung aus“⁹⁰. Mumm selbst schrieb am 11. 5. 1931 an den damaligen Superintendenten Heider, er wisse sich mit der Siegerner Kreisgemeinde seit mehr als „drei Jahrzehnten von Herzen verbunden“, zudem sprach er von der „langen brüderlichen Gemeinschaft“, die zwischen ihm und dem Superintendenten bestehe⁹¹. Ein Bindeglied zwischen

⁸⁸ Vor allem die Mittelstandspartei, die bei den Reichstagswahlen vom 7. 12. 1924 erstmals im Siegerland agitierte, nahm den Deutschnationalen Wählerstimmen weg, und zwar vornehmlich in den Berufsbereichen von Handel, Handwerk und Gewerbe. Die Mittelstandspartei hatte in einem ihrer ersten Aufrufe (SZ vom 22. 11. 1924) die Frontstellung gegen die Deutschnationalen betont, sie wurde von diesen in der Folgezeit heftig angegriffen, weil sie die egoistische Vertretung von Standesinteressen über den Gedanken des Ausgleichs ständischer Interessen stelle, der in einer so großen Partei wie der DNVP stattfinde. So beispielsweise die einschlägigen Artikel im V vom 3. u. 6. 12. 1924, 8. u. 15. 5. 1928. Daß man an die Wirtschaftspartei Stimmen verloren habe, wurde im V vom 21. u. 24. 5. 1928 unumwunden zugegeben.

⁸⁹ So z. B. der „Ausguck“ im V vom 26. 5. 1928.

⁹⁰ Verh. 1921, S. 12 u. 28.

⁹¹ Durchschrift des Briefes im Nachlaß Reinhard Mumm. Auch zwischen Superintendent Hubbert, dem Amtsvorgänger Heiders, und Mumm hat ein enges Einvernehmen

den Pfarrern und Reinhard Mumm bzw. den Deutschnationalen war zumindest das gemeinsame Interesse am Reichsschulgesetz. Die Pfarrer der Siegener Kreissynode wollten die „altbewährte evangelische Bekenntnisschule“ erhalten wissen⁹², und diese Schulform war nach Lage der Dinge nur mit Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei erreichbar. Einer öffentlichen Wirksamkeit für die Deutschnationalen haben sich die Pfarrer allerdings im Hinblick auf politisch andersdenkende Gemeindeglieder enthalten. Nur einmal wird ein Pfarrer als Leiter einer deutschnationalen Wahlversammlung genannt⁹³.

Als den Kern der deutschnationalen Wählerschaft im Siegerland wird man die kirchlichen Gemeinschaftsleute bezeichnen müssen, die schon während der Wahlbewegung zur Weimarer Nationalversammlung zu der neugegründeten Partei fanden. Am Übergang der Gemeinschaftsbewegung ins deutschnationale Lager war Walter Alfred Siebel, der eine der führenden Persönlichkeiten in der Gemeinschaftsbewegung darstellte und außerdem als Präses der Siegerländer Jungmännervereine fungierte, maßgeblich beteiligt. In dem Artikel „Die Christen an die Front!“, der im „Volk“ und in dem innerhalb der Gemeinschaftskreise gelesenen Wochenblatt „Der Evangelist aus dem Siegerland“ erschien⁹⁴, wies er darauf hin, es wäre ja zu begrüßen gewesen, wenn „alle Gläubigen“ sich zur „evangelischen Volkspartei“⁹⁵ und damit zu einer Partei „völlig Gleichgesinnter“ zusammengeschlossen hätten. Diese „an und für sich sympathische Parteibildung“ sei indessen vor den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich gewesen. „Deshalb“, so fährt Siebel fort, „müssen wir uns geschlossen einsetzen für die uns am nächsten stehende, das ist für die Deutschnationale Volkspartei, in der auch die Christlich-soziale Partei eingegliedert ist.“ Vor allem komme

bestanden, wie der im Nachlaß Mumm vorhandene Briefwechsel ausweist. Der Briefwechsel berührt allerdings keine politischen Fragen. Daß Hubbert auf der Seite der DNVP stand, ergibt sich aus dem von ihm in der SZ vom 2. 5. 1924 veröffentlichten Aufruf, in dem er die evangelischen Christen an ihre Wahlpflicht ermahnte, weil in dem am 4. 5. 1924 zu wählenden Reichstag das Reichsschulgesetz, ein Gesetz gegen Schund und Schmutz, ein Gesetz zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten, ein Schankstättengesetz sowie andere religiös und sittlich bedeutsame Fragen zur Beratung anstünden. Das war praktisch ein Aufruf für die DNVP, weil Hubbert damit die kulturpolitischen Themen genannt hatte, die im Wahlkampf von der deutschnationalen Agitation als vordringlich bezeichnet worden waren.

⁹² Synodalbeschuß vom 21. 9. 1921 (Verh. 1921, S. 30).

⁹³ Bericht im V vom 5. 12. 1918 unter Wilnsdorf.

⁹⁴ V vom 2. 1. 1919 und Ev vom 19. 1. 1919. Der genannte Artikel enthält auch die angegebenen Zitate.

⁹⁵ Zur beabsichtigten Gründung der „Evangelischen Volkspartei“ vgl. G. Mehnert, Evangelische Kirche und Politik 1917–1919, S. 143 f. und G. Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst, Düsseldorf 1969, S. 29.

es darauf an, durch die Wahl geeigneter Männer eine Schutzwehr „gegen den antichristlichen Geist“ aufzurichten, der bereits „seine Gewaltherrschaft“ über das deutsche Volk ausübe.

Die Entscheidung für die Deutschnationale Volkspartei wurde den Gemeinschaftsleuten noch dadurch erleichtert, daß Walter Alfred Siebel selbst für diese Partei bei den Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung im Wahlkreis Westfalen-Süd kandidierte. Auf der deutschnationalen Liste, die mit der Deutschen Volkspartei vereinigt worden war, stand Siebel an vierter Stelle⁹⁶.

Der „Evangelist aus dem Siegerland“ richtete in wiederholten Aufrufen nicht nur die eindringliche Mahnung an die Leser, deutschnational zu wählen⁹⁷, sondern griff darüber hinaus auch das Evangelische Wochenblatt „Licht und Leben“ an, weil dieses Organ nicht eindeutig für die Deutschnationalen Stellung genommen hatte⁹⁸. Die Vereinshäuser der Gemeinschaftsbewegung wurden für deutschnationale Wahlversammlungen zur Verfügung gestellt⁹⁹.

Das Ergebnis der Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung – auf die Deutschnationalen und die mit ihnen verbündete Deutsche Volkspartei waren im Siegerland 51,8% der abgegebenen Stimmen entfallen – brachte der „Evangelist“ mit der Gemeinschaftsbewegung und ihrem Eintreten für die Deutschnationalen in Verbindung. In dem Artikel „Ursache und Wirkung“¹⁰⁰ wird festgestellt: „Unser Land hat seinem Namen wieder Ehre gemacht. Es wird wohl nirgends in unserem Vaterlande so gewesen sein, daß in einem Industriekreis die rechtsstehenden Parteien einen so glänzenden Sieg davongetragen haben als hier. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß unsere Gemeinschaften und Vereine mit großer Freudigkeit Mann für Mann um die heiligsten Güter gestritten haben. Was wir da auch unter unseren Frauen und Jungfrauen an Opferfreudigkeit und Kampfesmut sehen durften, läßt uns in dem harten Streit, der noch um die heiligsten Güter entbrennen wird (Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule usw.), getrost in die Zukunft sehen. Wir sind gewiß, daß wir sie in den entscheidungsvollen Stunden ... alle dabei haben werden.“

⁹⁶ Vgl. den Aufruf „Was ist zu tun?“ (Ev vom 12. 1. 1919) und die Ausführungen im Ev vom 26. 1. 1919, S. 4.

⁹⁷ Vgl. außer den in der vorhergehenden Anm. genannten Belegen noch die Artikel „Zur Aufklärung“ (Ev vom 12. 1. 1919) und „Unsere Christenpflicht“ (Ev vom 19. 1. 1919).

⁹⁸ Vgl. die Ausführungen im Ev vom 26. 1. 1919, S. 4 und den Artikel „Briefkasten“ (Ev vom 9. 2. 1919).

⁹⁹ Vgl. die Anzeigen für deutschnationale Wahlversammlungen im V vom 13. u. 15. 1. 1919. Vgl. auch R. Mumm, Der christlich-soziale Gedanke, S. 45.

¹⁰⁰ Ev vom 9. 2. 1919.

Wir haben gesehen, daß wir uns auf unsere Leute verlassen konnten. Sie werden auch künftig Treue halten.“

Als besonders charakteristisch muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, wie man die Wahlergebnisse auf der lokalen Ebene analysierte und begründete, weshalb in einem Amt der deutschnationale Stimmenanteil bei weitem überwiege, während in anderen Gebieten sehr viele linksliberale und sozialdemokratische Wähler zu finden seien. Dabei ging man von der Annahme aus, eine religiös indifferente Persönlichkeit neige dazu, politisch nach links zu gehen. Nur eine Persönlichkeit, die im biblischen Glauben fest gegründet sei, biete dagegen die Gewähr, der Agitation von links nicht zu erliegen. Christliche Persönlichkeiten erblickte man aber in erster Linie in den Reihen der Gemeinschaftsbewegung, nicht jedoch in solchen Kirchengemeinden, in denen liberal oder orthodox gesinnte Pastoren die Arbeit der Gemeinschaftsleute erschwert hatten. Wörtlich wird deshalb in dem genannten Artikel über die Siegerländer Wahlergebnisse gesagt: „Dort: ein ganzes Tal mit sehr vielen demokratischen und sozialdemokratischen Wählern, hier: ein ganzes Amt, das in übergroßer Mehrheit R. Mumm gewählt hat. Dort: wenig und einflußlose Gemeinschaften, dagegen jahrzehntelang mittelparteiliche oder starr orthodoxe Pastoren, die es als ihre Hauptaufgabe ansahen, die Gemeinschaftsleute aus ihrem Reich fernzuhalten; hier: starke, lebendige, gesegnete Gemeinschaften und Vereine und gottbegnadete Gemeinschaftspastoren, die auch vor dem Ansturm der roten Flut nicht zu erschrecken brauchen. Hier hat treue, fleißige Laienhand den Boden durch viel Kleinarbeit gepflügt und besät. Dort hielt man bei überstarkem Amtsbewußtsein den Laien für unfähig, solche Sämansarbeit zu tun.“

In der Folgezeit hat der „Evangelist aus dem Siegerland“, dessen Leserkreis im Jahre 1926 mehr als 8000 Personen umfaßte¹⁰¹, bei jedem Wahlgang die Weisung ausgegeben, deutschnational zu wählen¹⁰². Maßgebend für diese Entscheidung waren einzig und allein religiöse Motive. Während man die Linksparteien als mehr oder weniger unchristlich apostrophierte, sah man in den Deutschnationalen, deren Abgeordnete zum Teil das Vertrauen der Gemeinschaftskreise besaßen, eine Partei zur Verteidigung christlicher und religiös-sittlicher Werte. So schrieb man anlässlich der Reichstagswahl vom 6. 6. 1920: „Wie ... sollen wir wählen? Unseren Mitgliedern, sonderlich den

¹⁰¹ Verh. 1926, S. 23.

¹⁰² So der Artikel „Die Christen an die Front!“ (Ev vom 30. 5. 1920); die Ausführungen im Ev vom 20. 2. 1921, S. 2 f.; der Artikel „Der Christ und die Wahl“ (Ev vom 27. 4. 1924); die Ausführungen im Ev vom 4. 5. 1924, S. 2; der Hinweis zur Reichspräsidentenwahl im Ev vom 29. 3. 1925, S. 4 und der Artikel „Die Wahl“ (Ev vom 13. 5. 1928).

jüngeren und politisch ungeschulten Frauen und Jungfrauen sind wir eine klare Antwort auf die Frage schuldig. Die Programme der einzelnen Parteien sind nicht ausschlaggebend, vielmehr der Geist, der in den Parteien herrscht, vor allem aber, ob sich auf ihren Listen Männer und Frauen unseres Vertrauens befinden. Die Sozialdemokratie jeglicher Richtung scheidet für uns von vorneherein aus, weil in ihr der antichristliche Geist vorherrscht und ihr Streben nur auf das Diesseits gerichtet ist und im Materialismus wurzelt. Auch die demokratische Partei kann für unsere Mitglieder nicht in Frage kommen. Neben der Wesensverwandtschaft mit der Sozialdemokratie ist kennzeichnend für sie, daß sie geführt wird von den christusfeindlichen Blättern ‚Berliner Tageblatt‘ und ‚Frankfurter Zeitung‘. Wir haben Persönlichkeiten zu wählen, die fest auf dem Boden des biblischen Christentums stehen und deshalb bitten wir, Mann für Mann einzutreten für unseren bewährten bisherigen Abgeordneten R. Mumm, damit er auch im kommenden Reichstag das Panier unseres Gottes hochhalte und seines Reiches Ehre mehre mitten unter einem unschlachtigen und verkehrten Geschlecht¹⁰³.“

Der Schlußsatz des Aufrufes macht deutlich, in welchem Maße die Stimmabgabe der Siegerländer Gemeinschaftsleute für die Deutschenationalen durch die Person und die parlamentarische Arbeit Reinhard Mumms bedingt war. Mumm besaß aufgrund seiner religiösen Einstellung das Vertrauen der Gemeinschaftskreise. Nichts vermag das besser zu unterstreichen als die knappen Worte des Nachrufes, die der „Evangelist“, in dem Mumm selbst wiederholt zu Wort gekommen war¹⁰⁴, dem Verstorbenen widmete. Es heißt im „Evangelisten“ vom 11. 9. 1932: „Im Alter von 59 Jahren ist der bekannte christlich-soziale Reichstagsabgeordnete D. Reinhard Mumm gestorben. Was uns diesen Mann wert gemacht hat, ist die Tatsache, daß er dem Willen Gottes im staatlichen und wirtschaftlichen Leben Geltung zu verschaffen suchte, daß er der evangelischen Sache aus innerster Überzeugung und mit ganzer Hingabe diente. Sein Wirken war opferbereiter Dienst. Solche Männer hinterlassen Segensspuren, wenn sie abgerufen werden, während die große Zahl der ‚Helden des Tages‘ verschwinden wird, als wären sie nie dagewesen¹⁰⁵.“

Auch über den engeren Rahmen des Siegerlandes hinaus darf Mumm als Vertrauensmann der Gemeinschaftsbewegung in der

¹⁰³ So in dem Artikel „Zur Reichstagswahl“ (Ev vom 30. 5. 1920).

¹⁰⁴ Vgl. die Artikel „Die Not der Zeit“ (Ev vom 12. 1. 1919), „Trinitatis“ (Ev vom 30. 5. 1920), „Unser Schulkampf“ (Ev vom 27. 4. 1924) und „Mein Herr und mein Gott“ (Ev vom 4. 5. 1924). Vgl. auch den Artikel „Ehrung christlicher Liebestätigkeit im Reichstag“ (Ev vom 19. 4. 1925).

¹⁰⁵ Ev vom 11. 9. 1932, S. 4.

deutschnationalen Volkspartei gelten¹⁰⁶. Mehrfach trat er dafür ein, Männern der Gemeinschaftsbewegung sichere Reichstagsmandate zu verschaffen, um auf diese Weise ein Gegengewicht gegen die einseitig wirtschaftspolitisch orientierten deutschnationalen Parlamentarier zu bilden. Mumm's Einfluß in der Partei reichte jedoch nicht aus, um hier zu einem durchschlagenden Erfolg zu gelangen. Seine Bemühungen wurden zudem dadurch erschwert, daß die Gemeinschaftskreise keine geeigneten Parlamentarier in Vorschlag zu bringen wußten. Vor den Reichstagswahlen vom 20. 5. 1928 scheiterten auch die Versuche der Leitung des Gnadauer Verbandes, über Mumm sechs deutschnationale Mandate für die Gemeinschaftsbewegung zu erhalten.

Was die parteipolitische Entscheidung der Siegerländer freikirchlichen Gemeinschaften anbetrifft, so läßt sich hier nicht ein so sicheres Urteil gewinnen wie bei den landeskirchlichen Gemeinschaften. Man wird aber annehmen dürfen, daß die freikirchlichen Gemeinschaften, die sich 1919 in verschiedenen Gebieten Deutschlands für die demokratische Partei entschieden hatten¹⁰⁷, im Siegerland deutschnational gewählt haben. Für die Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung wird das ausdrücklich bezeugt¹⁰⁸. Um diese Kreise für die Deutschnationalen zu gewinnen, richtete man im „Volk“ wiederholt Aufrufe an die freikirchlichen Gemeinden, sich nicht aufgrund des in ihren Kreisen vertretenen Prinzips der staatsfreien Kirche dazu verleiten zu lassen, den Linksparteien die Stimme zu geben. Auf diese Weise würden Männer gewählt, die nach ihrer ganzen sonstigen Einstellung Feinde des Christentums seien. Es komme vielmehr darauf an, Persönlichkeiten zu wählen, die fest auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stünden. Diese Erwartung werde aber am ehesten durch die Deutschnationale Volkspartei erfüllt¹⁰⁹.

Als religiös gebundene Gruppen, aus denen sich mit Sicherheit ein Großteil der deutschnationalen Wählerschaft rekrutierte, wird man noch die Evangelischen Jungmännervereine, die gerade im Siegerland in hoher Blüte standen¹¹⁰, und den Kreisverband der Siegerländer Volks- und Arbeitsvereine ansprechen dürfen. Auch wenn diese Vereine im Verlauf der Weimarer Republik in immer stärkerem Maße ihre parteipolitische Neutralität betonten¹¹¹, unterliegt es keinem

¹⁰⁶ R. Mumm, *Der christlich-soziale Gedanke*, S. 131–133.

¹⁰⁷ G. Mehnert, *Evangelische Kirche und Politik 1917–1919*, S. 163.

¹⁰⁸ So in dem Artikel „Ursache und Wirkung“ (Ev vom 9. 2. 1919).

¹⁰⁹ Vgl. die Ausführungen im V vom 16. 1. 1919, S. 1 und den Artikel „Freie Gemeinden“ (V vom 19. 5. 1928).

¹¹⁰ Verh. 1929, S. 102.

¹¹¹ Verh. 1924, S. 42; 1929, S. 102 f.; 1932, S. 53 u. 1933, S. 54.

Zweifel, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder es als eine Selbstverständlichkeit ansah, die deutschnationale Liste zu wählen. Die Siegerländer Jungmännervereine, die 1926 in 53 Vereinen etwa 2200 wahlberechtigte Mitglieder umfaßten¹¹², waren vor 1914 die „Garde“ der christlich-sozialen Bewegung gewesen und traten bei den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung geschlossen für die Deutschnationalen ein¹¹³. Der Kreisverband der Siegerländer Volks- und Arbeitsvereine, der 1926 31 Vereine mit 2789 Mitgliedern zählte¹¹⁴, erließ 1919 einen Aufruf für Reinhard Mumm¹¹⁵, in dem es hieß, der Siegerländer Gesamtverband habe Mumm viel zu verdanken. Es sei deshalb die Pflicht eines jeden Arbeitervereinskameraden, mit seinen wahlberechtigten Familienangehörigen für die Liste einzutreten, die den Namen Mums enthalte. Anlässlich der Reichstagswahl vom 6. 6. 1920 weilte Licentiat Weber, der Führer der Evangelischen Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen, zu einer Vortragsreihe im Siegerland, um für die Deutschnationalen zu agitieren¹¹⁶.

Die religiöse Bindung der Wählerschaft wirkte sich auch auf den Stil der deutschnationalen Wahlversammlungen aus. So ist es vorgekommen, daß Wahlversammlungen mit einem geistlichen Lied beschlossen worden sind. Besonders in Zeiten eines politischen Umbruchs läßt sich diese Erscheinung beobachten. Während der Wahlbewegung zur Weimarer Nationalversammlung stimmte man zum Schluß von Veranstaltungen, in denen Mumm als Redner auftrat, wiederholt das Lied der Erweckungsbewegung „Harre, meine Seele, harre des Herrn“ an¹¹⁷. Mumm berichtet dazu, selbst kommunistische Gegner hätten, „von Jugenderinnerung und Gemeinschaftsgeist hingerissen“, das Lied mitgesungen¹¹⁸. In anderen Fällen beendete man die Versammlungen mit der Lutherstrophe „Mit unsrer Macht ist nichts getan“¹¹⁹ oder dem Absingen eines anderen „passenden geistlichen Liedes“¹²⁰. Aus dem Wahlkampf anlässlich der Reichstagswahl vom 14. 9. 1930, als die Christlich-Sozialen nach der Trennung von den Deutschnationalen zum ersten Mal wieder selbständig vorgingen, werden die Choral-

¹¹² Verh. 1926, S. 89.

¹¹³ So die Angabe in dem Artikel „Ursache und Wirkung“ (Ev vom 9. 2. 1919).

¹¹⁴ Verh. 1926, S. 81.

¹¹⁵ Abgedruckt im V vom 16. 1. und in der SZ vom 18. 1. 1919.

¹¹⁶ Bericht im V vom 3. 6. 1920, S. 2 unter Weidenau.

¹¹⁷ So die Versammlungsberichte im V vom 5. 12. 1918 unter Wilnsdorf, vom 9. u. 12. 12. 1918 jeweils unter Kaan-Marienborn, vom 31. 12. 1918 unter Feudingen und vom 4. 1. 1919 unter Weidenau.

¹¹⁸ R. Mumm, Der christlich-soziale Gedanke, S. 108.

¹¹⁹ Bericht über die Gründung einer deutschnationalen Frauengruppe in Siegen (V vom 9. 12. 1918).

¹²⁰ Bericht im V vom 14. 12. 1918 unter Krombach.

strophen genannt „Gib, daß ich tu mit Fleiß, was mir zu tun gebühret“¹²¹ und „Herr, erbarm, erbarme dich! Auf uns komme, Herr, dein Segen!“¹²².

V. Die Entstehung des Evangelischen Volksdienstes im Siegerland und die Reichstagswahl vom 14. 9. 1930

Als sich seit 1924 mit den Christlich-sozialen Gesinnungsgemeinschaften, aus denen 1927 der Christlich-soziale Volksdienst hervorging, der Evangelischen Volksgemeinschaft in Hessen und der Deutschen Reformationspartei des Berliner Dompredigers Doehring Partei-gruppierungen auf bewußt evangelischer Grundlage vollzogen, stießen diese Neubildungen in Siegen auf eindeutige Ablehnung¹²³. Insbesondere kritisierte man den Christlich-sozialen Volksdienst, der sich am 1. 4. 1929 mit der Evangelischen Volksgemeinschaft vereinigt hatte und im Sommer des gleichen Jahres als erste dieser Parteien die Absicht erkennen ließ, nun auch im Siegerland Werbeversammlungen abzuhalten. Man verurteilte diese Gruppierungen als Splitterparteien, die auf Kosten der Deutschnationalen Volkspartei Stimmen zu gewinnen suchten und damit die große Rechtspartei schwächten. Zudem warf man diesen Parteien Selbsttäuschung und mangelnden politischen Realismus vor, indem man auf die Arbeitsweise in den Parlamenten verwies, wo die schwierigsten Aufgaben von Fachleuten in den Ausschüssen zu leisten seien. Eine Splittergruppe aber, die nicht einmal Fraktionsstärke erlange, stelle im Parlament bestenfalls eine „kleine Gruppe von hilflosen politischen Neulingen“ dar¹²⁴. Demgegenüber betonte man die Notwendigkeit einer großen Rechtspartei, wie sie die Deutschnationale Volkspartei darstelle, weil nur eine solche Partei eine Wirkungsmöglichkeit von genügender Breite garantiere. Gleich-

¹²¹ So die Berichte über Volksdienstkundgebungen in der SZ vom 12. 8. 1930 unter Weidenau und vom 26. 8. 1930 unter Klafeld.

¹²² Bericht in der SZ vom 2. 9. 1930 unter Buschhütten.

¹²³ Zum Folgenden vgl. die Artikel „Evangelische Partei oder nicht?“ (V vom 2. 2. 1928), „Die Christlich-Sozialen“ (V vom 3. 2. 1928), „Wider die Zersplitterung“ (V vom 14. 4. 1928), „Die Lehren des 20. Mai. Splitterwahlen – rote Wahlen“ (V vom 22. 5. 1928) und „Nach der Wahl“ (V vom 24. 5. 1928). Vgl. auch den „Ausguck“ im V vom 11. 2., 28. 4. u. 12. 5. 1928. Zur Entstehung und Geschichte der genannten evangelischen Parteien vgl. die betreffenden Abschnitte bei W. Braun, *Evangelische Parteien in historischer Darstellung und sozialwissenschaftlicher Beleuchtung* (Phil. Diss. Heidelberg 1936), Mannheim 1939. Vgl. auch G. Opitz, *Der Christlich-soziale Volksdienst*, S. 122 f. u. 126.

¹²⁴ So Prof. Veidt in seinem Artikel „Muß eine evangelische Partei kommen?“ (V vom 16. 1. 1928). Der Artikel auch enthalten in der deutschnationalen Flugschrift Nr. 315 „Christlich-sozial und deutschnational. Ein Wort gegen die Zersplitterungssucht“, Berlin o. J., S. 13 ff.

zeitig wurde geltend gemacht, gerade in Westdeutschland hätten „die gläubigchristlichen Kreise innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei ihr volles Recht und ihre Beachtung gefunden“¹²⁵. Ein Argument in der Auseinandersetzung mit den evangelischen Splitterparteien bildete auch der zur Wahrung evangelischer Interessen gegründete Evangelischer Reichsausschuß innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei. So schrieb Jakob Henrich noch am 23. 11. 1929 im „Volk“: „Der evangelische Reichsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei mit Dr. v. Keudell und D. Mumm an der Spitze, betreut insbesondere die evangelischen Belange und macht dadurch einen besonderen evangelischen (oder christlichen) Volksdienst überflüssig. Ja, dieser ist schädlich, weil er Abspaltung bedeutet und die Stoßkraft des evangelischen Flügels wie der christlich fundierten Gesamtpartei mindert“¹²⁶.

Gleichwohl hatten im Siegerland noch im Jahr 1928 organisatorische Bestrebungen eingesetzt, um die bei der Reichstagswahl vom 20. 5. 1928 verlorenen deutschnationalen Wählerstimmen für die Partei zurückzugewinnen. Man glaubte, dieses Ziel am ehesten durch eine Intensivierung des christlich-sozialen Gedankengutes erreichen zu können. Zu diesem Zweck trat bereits am 14. 6. 1928 in Siegen unter der Leitung von Otto Beckmann, dem Schriftleiter des „Volk“, eine Versammlung christlich-sozial gesinnter Politiker aus dem Siegerland und den angrenzenden Gebieten von Rheinland und Hessen-Nassau zusammen und gründete eine „Christlich-soziale Vereinigung“¹²⁷. Man betonte ausdrücklich, es sei keineswegs an die Gründung einer neuen Partei oder das Wiederaufleben der alten christlich-sozialen Partei gedacht. Das Ziel sei einzig und allein, Wähler in evangelischen Kreisen, die von der deutschnationalen Partei enttäuscht seien, erneut anzusprechen und wieder in die große „nationale und christliche Front“ einzuordnen. Um dieser Absicht auch nach außen einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen, erachtete man die Schaffung einer besonderen Organisation für notwendig¹²⁸.

Diese Christlich-soziale Vereinigung Westdeutschland, wie sie sich in Zukunft nannte, beteiligte sich am 18. 8. 1928 in Bielefeld an der Gründung der Christlich-sozialen Reichsvereinigung und nahm auch am 3. und 4. 8. 1929 an der ersten Reichstagung der Vereinigung in

¹²⁵ So Otto Rippel, der deutschnationale Landesverbandsvorsitzende von Westfalen-Süd in der Erklärung „Vom Christlichen Volksdienst“ (V vom 24. 8. 1929).

¹²⁶ „Ausguck“ der genannten Ausgabe. Mumm hatte damals allerdings nicht mehr den Einfluß im Evangelischen Reichsausschuß wie in früheren Jahren, vgl. R. Mumm, Der christlich-soziale Gedanke, S. 127 f. u. 136.

¹²⁷ Bericht über die Tagung im V vom 16. 6. 1928.

¹²⁸ Ähnlich äußerte sich auch Jakob Henrich zu der Vereinigung („Ausguck“ im V vom 30. 6. 1928). Auf der Versammlung wurde ein Arbeitsausschuß gebildet, der am 4. 8. 1928 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat (Bericht im V vom 6. 8. 1928).

Bielefeld teil. Die Berichte und Stellungnahmen, die zu diesen Tagungen im „Volk“ vorliegen, betonen übereinstimmend, es gehe hier um eine Sammlung der Christlich-Sozialen für die Deutschnationale Volkspartei, nicht aber um die Vorbereitung einer Trennung von der Partei¹²⁹. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Artikel Otto Rippels¹³⁰, der vor der Bielefelder Tagung des Jahres 1929 offen zugab, es gebe Kreise in der Deutschnationalen Volkspartei, denen die Christlich-Sozialen „ein Dorn im Auge“ seien und die deshalb deren Austritt aus der Partei nicht ungerne sähen. Die überwältigende Mehrheit der Partei, und hier verwies Rippel ausdrücklich auf die ehemaligen Parteiführer Hergt und Westarp, befürworteten aber die Zugehörigkeit der Christlich-Sozialen, weil sonst für die Deutschnationalen die Gefahr bestehe, eine „exklusive, absterbende Partei“ zu werden. Wie die evangelischen Parteigründungen zeigten, glaubten schon jetzt viele christlich und sozial gesinnten Rechtskreise ihre Belange in der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr hinreichend vertreten. Deshalb sei es die „große geschichtliche Aufgabe“ der Christlich-sozialen Reichsvereinigung, die Partei vor der Abwanderung weiterer christlicher Kreise zu bewahren.

Im Siegerland entfaltete die Christlich-soziale Vereinigung Westdeutschland im Sommer 1929 eine rege Werbetätigkeit. Fünf große Kundgebungen wurden ausgerichtet, von denen eine weit über zweitausend Besucher zählte. Alle Kundgebungen begannen mit einer religiösen Ansprache; Themen der Hauptreferate waren die Arbeit Adolf Stoeckers sowie soziale, sittliche, religiöse und nationale Probleme der Gegenwart¹³¹.

Die deutschnationale Parteileitung hat später, nachdem die Christlich-Sozialen aus der Partei ausgeschieden waren, den Vorwurf erhoben, die Christlich-soziale Reichsvereinigung sei lediglich als eine Aufnahmeinstellung für eine eventuell doch notwendig werdende Trennung gedacht gewesen¹³². Dieser Vorwurf ist für die Siegerländer Christlich-Sozialen nicht haltbar. Sie hatten nach 1896, als Stoecker sich von den Konservativen trennte, die Schwierigkeiten erfahren, mit de-

¹²⁹ Vgl. die Ausführungen im V vom 20. 8. 1928 und vom 6. 8. 1929, den Artikel „Die christlich-soziale Reichsvereinigung“ (V vom 22. 10. 1928) und den „Ausguck“ im V vom 31. 8. 1929.

¹³⁰ „Christlich-Soziale Gegenwartsaufgaben. Zur Bielefelder Tagung“ (V vom 2. 8. 1929).

¹³¹ Berichte über die Kundgebungen im V vom 22. u. 30. 7.; 2., 3. u. 16. 9. 1929. Vgl. auch den Bericht über die Sitzung des Arbeitsausschusses der Christlich-sozialen Vereinigung Westdeutschland im V vom 9. 7. 1929.

¹³² Die Abtrünnigen. Die Geschichte einer Absplitterung, die die Festigung der Partei brachte. Deutschnationales Rüstzeug Nr. 16 Lieferung A, Berlin 1930, S. 51 f. Vgl. auch G. Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst, S. 140 ff.

nen eine kleine Partei zu kämpfen hatte. Ihr Bestreben war es daher, in einer großen Partei, programmatisch abgedeckt, arbeiten zu können¹³³.

Als eine Belastung für die Partei wurde allerdings der steigende Einfluß Hugenbergs empfunden. So hatte Jakob Henrich bereits am 21. 2. 1928 an Reinhard Mumm geschrieben¹³⁴: „Über Hugenberg muß Klarheit geschaffen werden in völkischer und sozialer Hinsicht, sonst wird er mit seinesgleichen der Totengräber der Partei.“ Die Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden, die am 20. 10. 1928 auf einer Vertretertagung der Partei in Berlin erfolgte, stellte für Henrich eine Überraschung dar¹³⁵. Dennoch glaubte er im „Volk“ die Wahl nicht kritisieren zu dürfen, auch nicht, nachdem Einzelheiten über die starke Gruppe der Opponenten bekannt geworden waren¹³⁶. Er gab der Hoffnung Ausdruck, wenn Hugenberg die auf ihn gefallene Wahl angenommen habe, werde er als „ehrlicher Mann“ auch das deutschnationale Programm mit seinen christlichen und sozialpolitischen Grundsätzen achten. „Das alles dürfen und müssen wir von ihm erwarten“, schrieb Henrich, und er fügte hinzu: „Ich wiederhole . . ., was ich schon öfter . . . gesagt habe: unsere Partei wird sozial sein oder sie wird nicht sein – und ihr Führer muß sozial sein und ihre sozialen Ziele verfolgen – oder er führt nicht.“ Aus solchen Worten sprach jedoch mehr Sorge als Zuversicht im Hinblick auf die Zukunft der deutschnationalen Partei und die Rolle, die die Christlich-Sozialen in ihr spielen konnten. Diese Sorge kam auch in einer Versammlung christlich-sozial gesinnter Parlamentarier zur Sprache, die am 21. 10. 1928, unmittelbar nach der Wahl Hugenbergs, zusammentraten, in ihrem Communiqué¹³⁷ die christlich-sozial geprägten Sätze des deutschnationalen Programms zitierten und dazu bemerkten, nur wenn solche Grundsätze auch in Zukunft berücksichtigt würden, seien die Voraussetzungen für eine weitere Mitwirkung in der Partei gegeben.

Die Hoffnung der Christlich-Sozialen auf eine bleibende Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen erfüllte sich nicht. Als am 3. 12. 1929 auf Antrag Hugenbergs die drei christlich-sozialen Reichstagsabgeordneten Hartwig, Hülser und Lambach aus der deutschnationalen

¹³³ Vgl. den „Ausguck“ im V vom 26. 10. 1929.

¹³⁴ Brief im Nachlaß Reinhard Mumm.

¹³⁵ Zum Folgenden vgl. den „Ausguck“ im V vom 27. 10. u. 10. 11. 1928, hier auch die angegebenen Zitate.

¹³⁶ Nach G. R. Treviranus, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf und Wien 1968, S. 99, hat Hugenberg nur eine Stimme mehr als sein Gegenkandidat Graf Westarp erhalten.

¹³⁷ Abgedruckt im V vom 24. 10. 1928. Vgl. auch den Artikel „Führerwechsel und Arbeitnehmerschaft“ (V vom 24. 10. 1928).

len Partei ausgeschlossen wurden, Behrens und Mumm aus Solidarität mit den drei Abgeordneten am 4. 12. 1929 ihren Austritt aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärten und im Zusammenhang mit der Parteikrise die Gruppe um Treviranus aus der Partei ausschied¹³⁸, stellte sich auch für die Siegerländer Christlich-Sozialen die Frage nach dem weiteren politischen Weg. Sehr bald zeichnete sich jetzt eine Entwicklung ab, die zur Trennung von den Deutschnationalen führte. Als Reinhard Mumm am 8. 12. 1929 nach Siegen kam und vor den Ortsgruppen-Vorsitzenden, den Vertrauensleuten und dem erweiterten Kreisvorstand der Deutschnationalen Volkspartei über die jüngsten Vorgänge in der Partei berichtete¹³⁹, wurde ihm, zusammen mit Otto Rippel, dem Landesverbandsvorsitzenden von Westfalen-Süd, der in den letzten Tagen ebenfalls in Berlin gewesen war und Mumm bestärkt hatte, aus der Fraktion auszutreten¹⁴⁰, das volle Vertrauen ausgesprochen. Die Versammlung erklärte, man stehe nach wie vor zum deutschnationalen Parteiprogramm mit seinen bewährten Grundsätzen, und gab noch der Hoffnung Ausdruck, daß sich die gegenwärtige Parteikrise überwinden lasse. Auf diesen Tenor war zunächst auch die Berichterstattung über die Spaltung der deutschnationalen Partei im „Volk“ abgestimmt, allerdings nahm die Schärfe der Kritik an Hugenberg ständig zu, während man volles Verständnis für die Ausgetretenen aufbrachte¹⁴¹. Man war überzeugt, daß Hugenberg die christlich-sozialen Politiker aus der Partei hatte hinausdrängen wollen, bestritt ihm die Fähigkeit zur Integration verschiedener Strömungen in der Partei und schließlich die Qualifikation zum Parteiführer überhaupt¹⁴². Die Hoffnung ging verloren, mit der derzeitigen Parteileitung noch länger zusammenarbeiten zu können¹⁴³.

Eine wichtige Rolle in diesen Auseinandersetzungen spielte die „Ber-

¹³⁸ Darstellung der Sezession aus deutschnationaler Sicht in: Die Abtrünnigen (vgl. Anm. 132); aus der Sicht der Ausgeschiedenen in: Klärung und Sammlung. Der Wortlaut der wichtigsten Veröffentlichungen gelegentlich der Klärung im deutschnationalen Lager. Als Handschrift gedruckt, Berlin o. J. Aus der jüngsten wissenschaftlichen Literatur vgl. G. Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst, S. 145–150.

¹³⁹ Bericht über die Versammlung im V vom 8. 12. 1929.

¹⁴⁰ So Mumm in seinem Brief vom 10. 3. 1930 an Bernhard Meuser in Kreuztal, Kreis Siegen. Durchschrift des Briefes im Nachlaß Reinhard Mumm.

¹⁴¹ Berichterstattung zur Parteikrise im V vom 4., 5., 7., 10., 13. u. 14. 12. 1929.

¹⁴² So die Artikel zur Parteikrise im V vom 19., 28. u. 30. 12. 1929 und der „Ausguck“ im V vom 21. 12. 1929.

¹⁴³ Wie zögernd man sich mit dem Gedanken der Trennung von den Deutschnationalen vertraut machte, erhellt auch folgende Notiz. Als O. Rippel Anfang Dezember 1929 wegen der Parteikrise nach Berlin reiste, gab man diese Nachricht mit dem Hinweis weiter, er wolle nicht eine neue christlich-soziale Partei gründen, sondern sich bei aller Kritik an Hugenberg für die großen Ideale der DNVP einsetzen (V vom 5. 12. 1929).

liner Illustrierte Nachtausgabe“. Die Zeitung, die zu Hugenberg's Pressekonzern gehörte, warf erhebliche Gewinne ab, die zur Finanzierung der deutschnationalen Parteiarbeit dienten. Nach ihrer gesamten Aufmachung erregte die Zeitung aber den Widerspruch christlicher Kreise in der Partei¹⁴⁴. Auf dem Kasseler Parteitag am 22. und 23. 11. 1929 hatten auch zwei Siegerländer Vertreter Hugenberg auf die sittlich anstößigen Inhalte dieser Zeitung angesprochen, aber sinngemäß die Antwort erhalten: „Ja, meine Herren, wenn das Blatt in Ihrem Sinne geleitet würde, wäre das Geschäft für die Partei vorbei¹⁴⁵.“ Im „Volk“ wurde der „Geist der Nachtausgabe“, gegen den Hugenberg als Führer einer christlichen Partei nichts unternehme, als Kulturbolschewismus charakterisiert, der nicht geduldet werden könne¹⁴⁶.

Parallel zur deutschnationalen Parteikrise wurde im „Volk“ über die beginnenden Vereinigungsverhandlungen zwischen Vertretern des Christlichen Volksdienstes und der Christlich-sozialen Reichsvereinigung am 3. 12. in Stuttgart und am 15. 12. 1929 in Frankfurt berichtet¹⁴⁷. Als diese Verhandlungen am 28. 12. 1929 in Berlin mit der Gründung des Christlich-sozialen Volksdienstes zu einem positiven Abschluß führten, kommentierte man: „Wir begrüßen den Zusammenschluß dieser beiden Gruppen als einen . . . Schritt auf dem Wege zur Schaffung einer großen christlich-nationalen Rechten¹⁴⁸.“ Damit war nicht nur der weitere Weg der Siegerländer Christlich-Sozialen vorgezeichnet, sondern auch eine Erwartung ausgesprochen. Den Christlichen Volksdienst hatte man als Splitterpartei bekämpft, im Bunde mit ihm glaubte man stark genug zu sein, eine zugkräftige Rechtspartei aufzubauen.

Der offizielle Beschluß, aus der Deutschnationalen Volkspartei auszuscheiden und dem Christlich-sozialen Volksdienst beizutreten, fiel auf der Jahreshauptversammlung des deutschnationalen Kreisvereins am 16. 2. 1930 in Siegen¹⁴⁹. Ein von der deutschnationalen Parteileitung entsandter Redner vermochte nicht zu verhindern, daß sich die Versammlung „mit übergroßer Mehrheit“ für den Austritt aus der bisherigen Partei entschloß. Es war das dritte Mal, daß die Siegerländer Christlich-Sozialen parteipolitisch eigene Wege beschritten. Während es aber 1896, als Stoecker sich von den Konservativen trennte, und 1918, als man sich den Deutschnationalen anschloß, erreicht worden war, die bestehende Parteiorganisation geschlossen in die neue Grup-

¹⁴⁴ R. Mumm, Der christlich-soziale Gedanke, S. 136–138.

¹⁴⁵ Brief E. Bachs vom 19. 12. 1929 an R. Mumm (Nachlaß Reinhard Mumm).

¹⁴⁶ V vom 7., 10. u. 13. 12. 1929.

¹⁴⁷ V vom 7. u. 16. 12. 1929.

¹⁴⁸ V vom 30. 12. 1929.

¹⁴⁹ Bericht in der SZ vom 18. 2. 1930.

pierung zu überführen, gelang dies jetzt nicht. Es blieb eine deutsch-nationale Gruppe bestehen, die bei allen folgenden Wahlen selbständig vorging.

Ihre erste Kundgebung hielt die neue Parteirichtung, die sich im Siegerland, wie überall in Westfalen, bald Evangelischer Volksdienst nannte, am 22. 2. 1930 in Siegen ab¹⁵⁰. Im Vortragsraum war eine Büste Adolf Stoeckers aufgestellt, als Redner kamen Karl Veidt, Reinhard Mumm und Otto Rippel zu Wort, die alle aus der Christlich-sozialen Partei hervorgegangen waren. Diese Ausrichtung der Kundgebung wie auch die Ausführungen der Redner machten deutlich, daß in der neuen Bewegung die alten Grundsätze fortgeführt werden sollten¹⁵¹. Es ist bemerkenswert, daß auch bei den Wahlversammlungen, abgesehen von Pfarrer Albert Schmidt, der aus den Evangelischen Wählervereinigungen im Ruhrgebiet hervorgegangen war und bei den Reichstagswahlen ab 1930 als Spitzenkandidat des Volksdienstes in Westfalen-Süd kandidierte, ganz überwiegend Vertreter der konservativ eingestellten Christlich-Sozialen als Redner zu Wort gekommen sind. Vertreter des ehemaligen Christlichen Volksdienstes, der in Württemberg seinen Schwerpunkt hatte und dem süddeutschen Liberalismus verhaftet war, haben im Siegerland nur selten gesprochen¹⁵².

Schwierig gestaltete es sich, für den Evangelischen Volksdienst die Zeitung „Das Volk“ zu erhalten. Die Westdeutsche Verlagsanstalt, die die Zeitung herausbrachte, befand sich seit Ende der zwanziger Jahre in finanziellen Schwierigkeiten. Vor allem eine unrationelle Betriebsweise und eine mangelhafte Buchführung, die die Außenstände nicht systematisch erfaßte, hatten zu dieser Situation geführt¹⁵³. Mit der Trennung der Christlich-Sozialen von den Deutschnationalen verschärfte sich die Lage, weil die Zeitung nun deutschnational gesinnte Abonnenten verlor und die Leserschaft, die ohnehin schon gesunken war, weiter rückläufig blieb¹⁵⁴. Andererseits setzten Bestrebungen der deutschnationalen Anteilseigner in der Verlagsgesellschaft ein, die Mehrheitsverhältnisse in ihrem Sinne zu ändern, um die Zeitung zu einem rein deutschnationalen oder doch einem überparteilichen na-

¹⁵⁰ Bericht in der SZ vom 24. 2. 1930.

¹⁵¹ Es verdient auch Beachtung, daß R. Mumm auf den Jahreshauptversammlungen des Evangelischen Volksdienstes Bezirk Siegerland am 25. 1. 1931 und am 10. 1. 1932 jeweils den Hauptvortrag gehalten hat (Bericht in der SZ vom 26. 1. 1931 u. vom 11. 1. 1932).

¹⁵² W. Simpfendorfer sprach am 13. 10. 1932 in Weidenau (Bericht SZ vom 14. 10. 1932) und P. Bausch am 3. 3. 1933 in Siegen (Bericht SZ vom 4. 3. 1933).

¹⁵³ Briefe J. Henrichs vom 11. 10. 1928 und O. Rippels vom 27. 11. 1928 an R. Mumm (Nachlaß Reinhard Mumm).

¹⁵⁴ Brief von F. W. Adam vom 20. 9. 1930 an R. Mumm (a. a. O.).

tionalen Blatt zu machen¹⁵⁵. All dieser Schwierigkeiten ist die Verlagsgesellschaft, wobei Otto Rippel im Vordergrund stand, schließlich Herr geworden. Die Mängel in der Geschäftsführung wurden durch rigorose Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen beseitigt¹⁵⁶; durch zusätzliche Kapitalaufnahmen, wobei Otto Rippel und Reinhard Mumm hohe persönliche Opfer brachten, gelang es, die Majorisierung durch deutschnational gesinnte Anteilseigner zu verhindern¹⁵⁷. Die Zeitung zählte im Jahr 1930 durchschnittlich 1 600 Leser¹⁵⁸.

Der Evangelische Volksdienst mußte sich bereits wenige Monate nach seiner Gründung dem Votum der Wähler stellen, weil der 1928 gewählte Reichstag am 18. 7. 1930 aufgelöst wurde, nachdem zwei Notverordnungen der Regierung Brüning zur Deckung des Reichshaushaltes abgelehnt worden waren. Der Wahlkampf für die auf den 14. 9. 1930 angesetzten Neuwahlen zeigte in der Siegerner Agitation des Volksdienstes eine breite Themenpalette¹⁵⁹. Außenpolitisch forderte man als Rechtspartei den Kampf gegen die Belastungen des deutschen Volkes durch den Versailler Vertrag und den Youngplan. Innenpolitisch trat man für eine Beschränkung des Parlamentarismus und eine weitere Stärkung der Position des Reichspräsidenten ein. Mittel zur Beseitigung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit wollte man durch eine sparsame Verwaltung, durch eine Einschränkung der repräsentativen Aufgaben sowie durch Kürzung der Gehälter und Pensionen gewinnen. Daß die Kritik an den Deutschnationalen, bei denen sich unter Hugenbergs Führung der Geist des Kapitalismus und der Plutokratie ausgebreitet habe¹⁶⁰, einen breiten Raum einnahm, braucht nicht näher erläutert zu werden, ebenso nicht, daß man die Mitarbeit im Evangelischen Volksdienst als Verpflichtung gegenüber der Stoekerschen Tradition ansah.

In das Zentrum der Wahlarbeit rückte jetzt die Erläuterung des eigenen politischen Selbstverständnisses. Man war sich darüber klar, mit dem Evangelium kein politisches Programm gestalten zu können,

¹⁵⁵ So O. Rippel am 29. 12. 1930, 4. u. 7. 1. 1931 an R. Mumm (a. a. O.).

¹⁵⁶ So F. W. Adam am 20. 2. 1931 und O. Rippel a. 16. 8. 1931 an R. Mumm (a. a. O.).

¹⁵⁷ R. Mumm am 7. 1. 1931 an F. W. Adam und F. W. Adam am 30. 1. 1931 an R. Mumm (a. a. O.).

¹⁵⁸ Angabe im Brief F. W. Adams vom 7. 1. 1931 an R. Mumm (a. a. O.).

¹⁵⁹ Für die Jahre 1930–1933 ist die Tageszeitung „Das Volk“ nicht mehr vorhanden. Die Angaben zum Wahlkampf für die Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 sowie der Wahlen in den Jahren 1932 und 1933 beruhen überwiegend auf den Berichten und Aufrufen in der überparteilichen Siegerner Zeitung. Berichte über Wahlversammlungen des Evangelischen Volksdienstes anlässlich der Reichstagswahl von 1930 finden sich in den Ausgaben vom 14. 7.; 12., 25.–28. 8.; 2., 3., 10., 12. u. 13. 9. 1930. Vgl. auch die Aufrufe des Volksdienstes in der SZ vom 8.–13. 9. 1930.

¹⁶⁰ So O. Rippel in seiner Wahlrede am 24. 8. 1930 in Klafeld (Bericht SZ vom 26. 8. 1930).

betonte aber die Notwendigkeit einer Politik aus evangelischer Verantwortung und wehrte sich gegen die Auffassung, Religion und Politik seien zwei getrennte Bereiche. „Wenn ich in Gott den allmächtigen Leiter und Schöpfer der Welt sehe, dann gibt es keine Stelle, wo Gottes Herrschaft nicht Richtschnur unseres Handelns sein müßte. Dann hat auch Gott etwas in der Politik zu tun. Wir haben ganz einfach die Pflicht, die Herrschaftsansprüche Gottes in der Welt anzuerkennen. Die Mahnung unseres Herrn muß uns auf der Seele brennen! ‚Ihr seid das Salz der Erde, ihr seid das Licht der Welt‘¹⁶¹.“ Aus dem umfassend formulierten Herrschaftsanspruch Gottes leitete man die Notwendigkeit ab, dem Willen Gottes im öffentlichen Leben Gehör zu verschaffen. Deshalb forderte man einen wirksamen Kampf gegen Unglauben und Unsittlichkeit und befürwortete in diesem Zusammenhang Maßnahmen gegen Schund und Schmutz sowie ein Reichsschulgesetz, das die freie Entfaltungsmöglichkeit der christlichen Bekenntnisschule sichern sollte¹⁶². Für die neue evangelische Öffentlichkeitsarbeit, die man vom Gebot der Nächstenliebe her als Dienst an Volk und Vaterland verstand, wollte man die besten geschichtlichen Kräfte mobilisieren. „Und die besten Kräfte Deutschlands stammen aus der deutschen Reformation, aus dem geistigen Erbe unseres Dr. Martin Luther¹⁶³.“

Aus diesen Grundsätzen leitete sich auch die Kritik an den konkurrierenden Parteien ab, insbesondere an der der Kommunisten und der der Nationalsozialisten. Die Frontstellung gegen diese beiden Parteien wurde schon in den Themen der Wahlkampfreden deutlich, die bei Otto Rippel lauteten: „Warum Evangelischer Volksdienst? Sowjetstern, Hakenkreuz oder Christenkreuz¹⁶⁴?“ Da man auch für die politische Auseinandersetzung die Berücksichtigung des christlichen Liebesgebotes gefordert hatte, vermied man jeden scharfen Ton, man war bemüht, auch das Gute beim Gegner anzuerkennen. So hieß es von den Kommunisten, man wisse, daß bei vielen von ihnen „letzthin nur der Schrei nach Gerechtigkeit für diese ungerechte Welt lebendig wird“¹⁶⁵. Man lehnte die Partei aber wegen ihrer atheistischen Grundeinstellung ab, wobei man illustrierend auf die Verhältnisse in der Sowjetunion

¹⁶¹ So Lic. A. Schmidt, der Spitzenkandidat des Volksdienstes für Westfalen-Süd, in seiner Wahlrede am 10. 8. 1930 in Weidenau (Bericht SZ vom 12. 8. 1930).

¹⁶² A. Schmidt in seiner Wahlrede am 12. 7. 1930 in Siegen (Bericht SZ vom 14. 7. 1930), O. Rippel in seiner Wahlrede am 24. 8. 1930 in Klafeld (Bericht SZ vom 26. 8. 1930), R. Mumm in seiner Wahlrede am 30. 8. 1930 in Siegen (Bericht SZ vom 2. 9. 1930).

¹⁶³ A. Schmidt in seiner Wahlrede am 12. 7. 1930 in Siegen (Bericht SZ vom 14. 7. 1930).

¹⁶⁴ Berichte über die Wahlreden O. Rippels in der SZ vom 25. u. 26. 8. 1930.

¹⁶⁵ Dieses und das folgende Zitat nach dem Bericht über die Wahlrede A. Schmidts in der SZ vom 14. 7. 1930.

hinwies. Den Nationalsozialisten bescheinigte man eine „sich verzehrende vaterländische Leidenschaft, die auch in unserer Seele brennt“, gab aber zu bedenken, daß die Partei eine rücksichtslose Agitation führe, die vor tätlicher Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nicht zurückschrecke und somit die Volksgemeinschaft zerstöre. In der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus schlug der Volksdienst auch konfessionelle Töne an, indem er auf die überwiegend katholische Führerschaft dieser Partei hinwies, die die „evangelisch-reformatorische Wahrheit“ nicht kenne oder keinen Wert mehr auf ein religiöses Bekenntnis lege¹⁶⁶.

Diese Agitation erzielte bei der Siegerländer Wählerschaft einen durchschlagenden Erfolg. 21170 Stimmen (30,5%) wurden am 14. 9. 1930 für den Evangelischen Volksdienst abgegeben¹⁶⁷. Damit war die evangelische Bewegung, für die der durchschnittliche Stimmenanteil im Reich nur 2,5% betrug, zur stärksten politischen Gruppierung im Siegerland geworden. An zweiter Stelle lagen jetzt die Nationalsozialisten, für die sich 15246 Wähler (22,0%) entschieden hatten. Außer dem Zentrum, das 10140 Stimmen (14,6%) auf sich vereinigen konnte, und der Sozialdemokratischen Partei, die 9010 Wähler (13,0%) hinter sich hatte, konnte keine Partei einen Stimmenanteil von mehr als 10% erreichen.

Geradezu katastrophal war das Wahlergebnis für die Deutschnationalen. Sie hatten den Wahlkampf im Siegerland gegen den Evangelischen Volksdienst geführt und behauptet: „Die Deutschnationale Volkspartei ist nach wie vor die Partei, die für wahres Christentum kämpft und wird darin von keiner neugegründeten Splitterpartei übertroffen¹⁶⁸.“ Für die Partei entschieden sich aber nur noch 2572 Wähler (3,7%). Die Trennung, die die christlich-sozialen Führer im Dezember 1929 von den Deutschnationalen vollzogen hatten, war somit von der Masse der früheren deutschnationalen Wählerschaft akzeptiert worden. Es ist bezeichnend, daß der Evangelische Volksdienst 1930 noch 1506 Stimmen mehr erhielt als die Deutschnationalen im Jahre 1928.

Die religiösen Gruppen, die früher die Deutschnationalen unterstützt hatten, standen jetzt auf der Seite des Volksdienstes. So hieß es in

¹⁶⁶ Nach dem Bericht über drei Wahlversammlungen O. Rippels in der SZ vom 3. 9. 1930, hier auch das angegebene Zitat. Vgl. auch den Aufruf „Evangelische Wähler aufgepaßt!!!“ (SZ vom 12. 9. 1930).

¹⁶⁷ Zu den Zahlenangaben vgl. Anm. 86.

¹⁶⁸ So in der Ankündigung für zwei Wahlversammlungen mit Superintendent K. Koch (SZ vom 26. 8. 1930). Vgl. auch den Bericht über die Vertrauensmännerversammlung des deutschnationalen Kreisvereins in der SZ vom 14. 8. 1930, die Ausführungen P. Ruffers am 20. 8. 1930 in Niederschelden (Bericht SZ vom 22. 8. 1930) und den Aufruf „Christen an die Front“ (SZ vom 12. 9. 1930).

einem Wahlruf: „Wir Christlich-Sozialen Stoeckerscher Prägung haben mit Hugenberg und seinem Anhang nichts mehr zu tun. Wir folgen im Siegerlande den maßgebenden Führern der Evangelischen Kirche, Gemeinschaften, Jünglings-, Jungmädchen- und Arbeitervereine, die sich alle zum Evangelischen Volksdienst bekennen¹⁶⁹.“ Bei diesen Empfehlungen muß es sich aber um inoffizielle Hinweise gehandelt haben, die im stillen gegeben worden sind, denn nur zwei Siegerländer Pfarrer haben sich öffentlich für den Volksdienst eingesetzt¹⁷⁰, und lediglich im „Evangelisten aus dem Siegerland“ erschien ein Artikel, der die Stimmabgabe für den Volksdienst empfahl¹⁷¹. Jakob Schmitt, der den Artikel verfaßt hatte und damals noch stellvertretender Schriftleiter des Blattes war, erörterte hier zunächst grundlegende Fragen des Verhältnisses der christlichen Gemeinde zum Staat und ermahnte dann die Leser eindringlich an die Wahlpflicht, „damit recht viel gottesfürchtige, christliche Persönlichkeiten in den Reichstag“ gewählt würden. Deziert gab Schmitt im Hinblick auf die Wahlentscheidung an, kein Christ könne Männer wählen, die in der marxistischen Front stünden, auch solche, die mit Gewalt eine Änderung der gegenwärtigen Verhältnisse zu erreichen suchten – sicherlich als Absage an die Nationalsozialisten und ihre Methoden gedacht –, seien nicht tragbar. Abgelehnt wurden schließlich auch Parteien, die nur die Interessen einer bestimmten Klasse oder Wirtschaftsgruppe verträten. Der Artikel schloß mit dem Hinweis: „Wenn mich nun jemand aus ‚Ratlosigkeit‘ um meine persönliche Meinung fragt, dann sage ich: unter den Parteien, die ich wählen könnte, steht mir der christliche oder evangelische Volksdienst am nächsten. Den wähle ich.“ Das war nicht mehr die unbedingte Weisung für eine Partei, wie sie früher für die Deutschnationalen ausgesprochen worden war. Die vorsichtige Form der Empfehlung deutet eine Entwicklung an, die auf den beginnenden Dissens in der politischen Meinungsbildung innerhalb der Gemeinschaftsbewegung schließen läßt.

VI. *Das Aufkommen des Nationalsozialismus und die Wahlen der Jahre 1932 und 1933*

Die Nationalsozialisten¹⁷², die bei der Reichstagswahl vom 4. 5. 1924 erstmals im Wahlkreis Westfalen-Süd kandidierten und damals

¹⁶⁹ In dem Aufruf „Ja, Tatsachen reden!“ (SZ vom 13. 9. 1930).

¹⁷⁰ Es handelt sich um Pfarrer E. Achenbach in Niederschelden (Bericht über eine Kundgebung mit ihm in der SZ vom 26. 8. 1930) und Pfarrer T. Noa in Siegen (Versammlungsberichte in der SZ vom 10., 12. u. 13. 9. 1930).

¹⁷¹ In dem Artikel „Staat, Volk und Christ“ (Ev vom 7. 9. 1930).

¹⁷² Vom 6. 12. 1922 bis zum 23. 11. 1923 bestand in Siegen eine Deutschoziale Partei,

den Namen „Großdeutsche Volksgemeinschaft Völkisch-sozialer Block“ führten¹⁷³, blieben bis zur Reichstagswahl vom 20. 5. 1928 im Siegerland eine unbedeutende Gruppe¹⁷⁴. Ein Durchbruch gelang der Partei erst bei der Reichstagswahl vom 14. 9. 1930, als sie überall im Reich erhebliche Stimmengewinne erzielte. Der nationalsozialistische Stimmenanteil war damals aber im Siegerland (15246 Wähler = 22,0%) bereits höher als im Reichsdurchschnitt (18,3%). Die Partei hatte den Erfolg ohne eine nennenswerte Organisation errungen, denn bis zum Beginn des Jahres 1930 bestanden im Kreis Siegen nur drei Ortsgruppen, die nicht durch eine besondere Agitation hervorgetreten waren¹⁷⁵. Bis zur Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 kamen lediglich noch zwei Ortsgruppen hinzu¹⁷⁶.

Zu einem Ausbau der nationalsozialistischen Parteiorganisation kam es erst im Winter 1930/31¹⁷⁷. Die Partei veranstaltete damals in allen Teilen des Kreises eine rege Vortragstätigkeit. Zehn neue Ortsgruppen wurden gegründet, die auch die Ortschaften betreuten, in denen keine eigene Ortsgruppe bestand. Gleichzeitig wurde ein SA-Sturm aufgebaut, der am Ende des Jahres 1930 etwa 180 bis 200 Mitglieder umfaßte. Das Ziel war die Bildung einer SA-Standarte, für die 250 Mitglieder vorgeschrieben waren¹⁷⁸. Seit dem 1. 11. 1931 verfügte die Partei mit der „National-Zeitung“ auch über ein eigenes Presseorgan. Gestützt auf diese Organisation, die ständig ausge-

die eine Vorläuferin der NSDAP war. So die Berichte der Siegerner Polizeiverwaltung vom 7. 6., 11. 7. u. 30. 11. 1923 an den Regierungspräsidenten in Arnsberg (Staatsarchiv Münster, Regierung Arnsberg I Pa Nr. 394 u. 398). Bereits 1920 hatte eine Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft bestanden, die vor der Reichstagswahl vom 6. 6. 1920 zur Stimmabgabe für die DNVP aufrief (Anzeige in der SZ vom 1. 6. 1930).

¹⁷³ Der Konkurrent dieser Gruppe war der Völkische Block, der 432 Stimmen erhielt (Aufrufe in der SZ von 2. u. 3. 5. 1924, Wahlergebnis in der SZ vom 12. 5. 1924).

¹⁷⁴ Am 4. 5. 1924 wurden für die NSDAP 1 675 Stimmen abgegeben (2,8%), am 7. 12. 1924 1 993 Stimmen (3,5%) und am 20. 5. 1928 3 373 Stimmen (5,8%). Vgl. Anm. 86. Am 20. 5. 1928 entfielen außerdem noch 1 039 Stimmen (1,8%) auf den Völkisch-nationalen Block (Angabe in der SZ vom 21. 5. 1928). Der Völkisch-nationale Block war ein Zusammenschluß der Deutsch-völkischen Freiheitsbewegung mit der Deutschen Reformationspartei und anderen nationalen Gruppen (Bericht in der SZ vom 26. 4. 1928 unter Siegen).

¹⁷⁵ Bericht des Landrates vom 19. 2. 1930 an den Polizeipräsidenten in Dortmund (Staatsarchiv Münster, Kreis Siegen, 1 Landesratsamt A Nr. 1190 Bd. 1). Nicht berücksichtigt ist in dem Bericht des Landrates die Ortsgruppe in der Stadt Siegen.

¹⁷⁶ Berichte des Amtmannes von Eiserfeld vom 16. 7. 1930 und der Polizeiverwaltung in Weidenau vom 21. 7. 1930 an die Landeskriminalpolizeistelle in Dortmund (a. a. O., Bd. 2).

¹⁷⁷ Dazu liegen detaillierte Berichte des Landrates sowie der nachgeordneten Verwaltungs- und Polizeibehörden vor (a. a. O.).

¹⁷⁸ Bericht des Landrates vom 31. 12. 1930 an die Landeskriminalpolizeistelle in Dortmund (a. a. O.).

baut wurde, ging die Partei in die Wahlkämpfe der Jahre 1932 und 1933.

Wollten die Nationalsozialisten ihre Position im Siegerland weiter ausbauen, so mußten sie vor allem die starke Stellung des Volksdienstes bei der Siegerländer Wählerschaft erschüttern. Auf dieses Ziel war die nationalsozialistische Agitation insbesondere bei den beiden zunächst anstehenden Wahlen ausgerichtet, der Reichspräsidentenwahl mit den zwei Wahlgängen am 12. 3. und 10. 4. 1932 sowie der preußischen Landtagswahl am 24. 4. 1932. Es kann deshalb hier nicht die Aufgabe sein, die nationalsozialistische Wahlarbeit, in deren Mittelpunkt der Kampf gegen das „Weimarer System“ und die daran beteiligten bisherigen Regierungsparteien, die Kritik an der „Erfüllungspolitik“ sowie der Antisemitismus standen¹⁷⁹, ausführlich darzustellen. Untersucht wird vielmehr, welche Methoden angewandt wurden, um die christlich-soziale Wählerschaft zu gewinnen.

Da die Reichstagsabgeordneten des Volksdienstes zusammen mit der Sozialdemokratie die Regierung Brüning unterstützt hatten, wurde der Volksdienst jetzt als „Gefangener des roten und schwarzen Systems“, als „Bundesgenosse des Atheismus“ hingestellt, der mitverantwortlich sei für die immer noch bestehenden Reparationslasten und die drückenden Notverordnungen¹⁸⁰. Dem Argument, evangelische Wähler müßten dem Volksdienst ihre Stimme geben, stellte man den nationalen Gesichtspunkt als das höhere Prinzip entgegen: „Ehe wir alle, der eine katholisch, der andere evangelisch getauft wurden, waren wir eines, nämlich deutsche Menschen¹⁸¹.“

An propagandistischer Wirksamkeit übertroffen wurden aber solche Behauptungen durch Hinweise auf die Fähigkeiten und die Religiosität Adolf Hitlers. So sah man in Hitler einen Mann, dem eine „geniale Kraft“ eigen sei, der „mit der Selbstverständlichkeit eines Genies“ seinen Weg gehe¹⁸². Man forderte zur Wahl des „tiefreligiösen und positiven Christen“ Hitler auf, „weil in ihm die Stimme Gottes

¹⁷⁹ Vgl. die Berichte über nationalsozialistische Wahlversammlungen in der SZ vom 8. 9. 1930 (Redner P. Giesler), vom 25. 2. 1932 (Redner Landtagsabgeordneter Haake) und vom 22. 7. 1932 (Redner Landtagspräsident Kerrl).

¹⁸⁰ Vgl. den Aufruf „Warum können wir evangelischen Christen nur Hitler wählen“ (SZ vom 12. 3. 1932), hier auch die angegebenen Zitate; die Berichte über nationalsozialistische Kundgebungen in der SZ vom 12. 10. 1931 (Redner P. Giesler), vom 30. 11. 1931 (Redner Dr. Beck) und vom 23. 4. 1932 (Redner Pastor Ziegler, Landtagskandidat Manderbach und Gauleiter Wagner).

¹⁸¹ So P. Giesler in seiner Wahlrede am 28. 8. 1930 in Siegen (Bericht SZ vom 29. 8. 1930). Ähnlich seine Wahlreden am 3. 3. und 3. 4. 1932 in Siegen (Berichte in der SZ vom 5. 3. u. 4. 4. 1932).

¹⁸² Zitate nach der Wahlrede P. Gieslers am 3. 3. 1932 in Siegen (Bericht in der SZ vom 5. 3. 1932).

das Wort findet, das unserer Zeit durch und durch geht, weil Adolf Hitler in der Frömmigkeit eine Quelle der Kraft und der Genialität sieht“¹⁸³.

Intensiviert wurden solche Aussagen, für die man die Belege schuldig blieb, noch durch die Wiedergabe von Erklärungen, in denen sich namhafte Pfarrer und „Reichsgottesarbeiter“¹⁸⁴, wie zum Beispiel Pastor Modersohn und Prediger Nagel von den Freien evangelischen Gemeinden, die beide einmal im Siegerland tätig gewesen waren¹⁸⁵, für Hitler und seine „von Gott berufene Bewegung“ einsetzten. Ein Teil dieser Erklärungen wurde in groß aufgemachten Anzeigen, die sich in der Regel an die „Siegerländer Christen“ wandten, in der auflagenstarken „Siegener Zeitung“ veröffentlicht, um einen großen Bevölkerungsteil anzusprechen. Hier kam Pastor Dr. Hahn zu Wort, der nach seiner Tätigkeit als Pfarrer in Estland in Deutschland als Evangelist gewirkt hatte¹⁸⁶. Er schrieb, Hitler habe die nationale Bewegung, „eine mindestens ebenso große Tat wie Hindenburgs Sie-ge“, nur schaffen können, weil er „eine in hohem Maße sittliche und auch religiöse, freilich nicht viel Worte davon machende Persönlich-keit“ sei. Auch wenn er der katholischen Konfession angehöre, könne „jeder deutschgesinnte Evangelische mit gutem Gewissen ihn wäh-len“¹⁸⁷. Mit besonderer Genugtuung zitierte man Pastor Dr. Kuhlo, der in den Betheler Anstalten mitgearbeitet hatte und als Leiter der evangelischen Posaunenchor unter dem Namen „Posaunengeneral“ bekannt war. Er hatte vor der Reichspräsidentenwahl in einem Brief unter der Anrede „Liebe Mitarbeiter für die große Sache unseres Herrn und Heilandes“ Hitler als einen Mann charakterisiert, der wie Luther „sein Vertrauen auf Gott“ setze und mit dem Hinweis geschlossen: „Gott hat dem Hitler offenbar große Gaben verliehen und ein aufrichtiges Herz. Ich ehre Hindenburg und wähle Hitler.“ In einem Brief des Gemeinschaftspastors Torinus aus Wernigerode¹⁸⁸ standen die Sätze: „Wir werden Hitler und seinen Getreuen (Hitlerbewegung) nicht nur die Stimme geben, sondern wir werden für ihn

¹⁸³ Zitate nach dem Aufruf „Warum können wir evangelischen Christen nur Hitler wählen“ (SZ vom 12. 3. 1932). Damals ist auch kolportiert worden, Hitler lese das Neue Testament und die Herrenhuter Lesungen und sei deshalb für jeden evange-lischen Christen wählbar. Auskunft von J. Schmitt in Siegen-Weidenau.

¹⁸⁴ Vgl. den Aufruf „Die Siegerländer Christen wählen Adolf Hitler“ (SZ vom 9. 4. 1932).

¹⁸⁵ J. Schmitt, Die Gnade bricht durch, Weidenau (Sieg) 1954, S. 372 u. 418.

¹⁸⁶ Die Religion in Geschichte und Gegenwart Bd. 3, Tübingen 1959, S. 30; R. Mumm, Der christlich-soziale Gedanke, S. 47.

¹⁸⁷ Die Briefe Hahns und Kuhlos in dem Aufruf „Die Siegerländer Christen wählen Adolf Hitler“ enthalten (SZ vom 9. 4. 1932).

¹⁸⁸ Zu Pastor Torinus vgl. auch K.-W. Dahm, Pfarrer und Politik, Köln und Opladen 1965, S. 95 f.

und seine Bewegung heiÙe Gebete vor Gottes Gnadenthron bringen . . . Gott hat Hitler und seine Bewegung auf den Plan gerufen, um unser Volk vor dem antichristlichen Bolschewismus zu retten und sich seiner nochmals zu erbarmen. Alle Gläubigen gehören daher in die nationalsozialistische Freiheitsbewegung hinein.“ Eine besondere Überzeugungskraft konnten sich die Nationalsozialisten von der umfangreichen Stellungnahme des Superintendenten Lehr versprechen, die wie die von Pfarrer Torinus vor der preußischen Landtagswahl erschien¹⁸⁹. Lehr war im Siegerland nicht unbekannt; er stammte aus Gladenbach im Kreis Biedenkopf, hatte seinerzeit für Stoeckers Wahl im Wahlkreis Siegen – Wittgenstein – Biedenkopf gearbeitet und war auch als Mitarbeiter an der Tageszeitung „Das Volk“ hervorgetreten. Seine Zusammenarbeit mit Stoecker gegen den „atheistischen Marxismus“ legte er jetzt ausführlich dar und betonte: „Ich bin der Alte geblieben und wirke nach wie vor im Sinne und Geiste Adolf Stoeckers.“ Dieser würde sich „im Grabe herumdrehen“, wenn er die „Verbrüderung der modernen Christlich-Sozialen mit Zentrum und Sozialdemokratie“ sähe. Lehr fuhr fort: „Von einer Feindschaft Adolf Hitlers gegen das Christentum habe ich noch nichts gemerkt.“ Kämen im nationalsozialistischen Lager Fehlgriffe untergeordneter Stellen vor, so solle man nicht von Rechtsradikalismus reden, sondern „die nationale Bewegung, die Gott über unser geknechtetes Volk hat kommen lassen“, durch Evangelisation und Volksmission mit christlichem Geiste erfüllen. „Ich habe stets gefunden, daß man in den Kreisen der Hitlerleute zugänglich ist für religiöse Einwirkungen, namentlich bei der Jugend.“ Als Beweis für die grundsätzlich positive Einstellung zum Christentum wurden die durch den nationalsozialistischen Innenminister Frick in Thüringen eingeführten Schulgebete gewertet¹⁹⁰. Lehr griff zum Schluß die positive Bewertung der Stoeckerschen Agitation durch Friedrich von Bodelschwingh auf und bemerkte: „Im Sinne und Geiste des alten Vater Bodelschwingh wäre es gesprochen, wenn man heute sagte: ‚An der Hitlerbewegung ist noch manches ungeklärt, es wird auch nicht gefordert, daß jeder Deutsche eingeschriebenes Mitglied der Nationalsozialistischen Par-

¹⁸⁹ Die Stellungnahmen von Torinus und Lehr abgedruckt in den Aufrufen „Siegerländer“ und „Siegerländer Christen!“ (SZ vom 22. 4. 1932).

¹⁹⁰ Mit dem Argument, Frick habe in Thüringen wieder christliche Schulgebete eingeführt, hatte die NSDAP bereits vor der Reichstagswahl am 14. 9. 1930 geworben. Vgl. die Berichte über Wahlversammlungen des Reichstagsabgeordneten Seidel (SZ vom 9. u. 11. 8. 1930). Die umstrittenen Schulgebete, die später wegen antisemitischer Parolen für verfassungswidrig erklärt wurden (E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 2, S. 327–329), waren vom Volksdienst als heidnisch abgelehnt worden. Vgl. den Bericht über eine Wahlrede O. Rippels am 23. 8. 1930 in Freudenberg (SZ vom 25. 8. 1930).

tei werden muß. Aber wenn die Fahne, die Hitler erhoben hat, wieder niedergeholt wird, dann geht Deutschland dem Chaos entgegen, dann steht der Bolschewismus vor der Tür!“

Zur Agitation der Nationalsozialisten gehörten seit 1932 auch Propagandamärsche der SA¹⁹¹. Ihren Höhepunkt erreichten die propagandistischen Bestrebungen vor der Reichstagswahl am 5. 3. 1933, als die SA einen achttägigen „Marsch für Adolf Hitler“ und seine „gottgewollte Sendung“ durchführte, der alle größeren Orte des Siegerlandes berührte. Der Marsch – das machten vor allem die Kundgebungen mit dem Siegener SA-Standartenführer Paul Giesler deutlich – warb für den Nationalsozialismus als eine christliche und nationale Bewegung. Diesen Charakter der Aktion unterstrichen der geschlossene Gottesdienstbesuch der SA am 26. 2. 1933 in Burbach, bei dem sie ehrfürchtig „ihr Haupt vor Gott und der Heiligkeit seiner Gesetze“ beugte, wie auch die zahlreichen Gefallenenehrungen während des Marsches¹⁹².

Gegen die nationalsozialistische Agitation hat sich der Volksdienst mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr gesetzt. Mit dem Hinweis, durch die Präsidialkabinette Brünings, die der Volksdienst unterstützt habe, sei die Staatsautorität gestärkt, der Parlamentarismus zurückgedrängt und somit eine neue verfassungsrechtliche Entwicklung eingeleitet worden, bestritt man den Vorwurf, zur Systempartei geworden zu sein¹⁹³. In der Betonung der Staatsautorität ist der Volksdienst schließlich sehr weit gegangen. So formulierte Simpfendörfer am 13. 10. 1932 in Weidenau: „Wir lehnen es ab, das Recht des Staates allein aus der Mehrheit abzuleiten. ... Der Evangelische Volksdienst hat den autoritativen Staat gefordert und danach gehandelt. Der Volksdienst stützte daher das erste Reichskabinett, das autoritativ gegründet war und die Macht des Parlamentarismus und der Parteierrschaft zu brechen suchte¹⁹⁴.“ Aus solchen Überlegungen heraus bejahten Vertreter des Volksdienstes auch den Staatsstreich Papens gegen die preußische Regierung Braun-Severin¹⁹⁵.

¹⁹¹ Berichte über Aufmärsche in der SZ vom 7. 3., 4., 13. u. 29. 7. 1932.

¹⁹² Berichte über den Marsch in der SZ vom 28. 2., 1., 4. u. 6. 3. 1933. Im Bericht vom 1. 3. die angegebenen Zitate. Am 24. 7. 1932 hatte die SA anlässlich einer NSDAP-Kundgebung in Freudenberg dort am Gottesdienst teilgenommen. In dem Bericht über die Veranstaltung hieß es: „Es ist zum Grundsatz geworden, daß marschierende SA am Sonntag unter Gottes Wort geht“ (SZ vom 29. 7. 1932).

¹⁹³ Vgl. die Berichte über die Wahlreden von Prof. Strathmann (SZ vom 18. 4. 1932), A. Schmidt (SZ vom 8. 10. 1932), Prof. Veidt (SZ vom 23. 10. 1932) und O. Rippel (SZ vom 4. 11. 1932).

¹⁹⁴ Bericht in der SZ vom 14. 10. 1932.

¹⁹⁵ Vgl. die Berichte über Wahlreden von Prof. Veidt (SZ vom 22. 7. 1932) und O. Rippel (SZ vom 23. 2. 1933).

Die Politik der Notverordnungen, deren soziale Härten man nicht übersah, wurde aus außenpolitischen Gründen gerechtfertigt, weil nur durch die rigorosen Sparmaßnahmen im Inneren bei den Gläubigermächten in erfolgreicher Weise Verständnis für den Abbau der Tribute habe geweckt werden können¹⁹⁶. Daß der Volksdienst aber als nationale Partei im Kampf gegen die Tributzahlungen stehe, bewei-se der von ihm initiierte Reichstagsbeschluß vom 12. 2. 1931, durch den die Regierung aufgefordert worden sei, mit allen Mitteln eine Revision der Tributfrage herbeizuführen¹⁹⁷.

Unbeirrt hielt der Volksdienst an der Mahnung fest, die evangelische Bevölkerung müsse evangelisch wählen, um der „Ohnmacht des evangelischen Volksteils“¹⁹⁸ entgegenzuwirken. Die führende Rolle, die Katholiken in der nationalsozialistischen Partei und Freidenker auf der politischen Linken spielten, sowie die beherrschende Stellung, die Zentrum und Sozialdemokratie in Preußen innehatten, dienten als Begründung für diese Aufforderung¹⁹⁹.

Mit allem Nachdruck widersprach man den Aussagen, Hitler sei von seiner inneren Einstellung her für einen evangelischen Christen wählbar. So empfahl man anlässlich der Reichspräsidentenwahl gegenüber Hitler nicht nur den „gläubigen Christen Hindenburg“²⁰⁰, sondern zitierte auch antichristliche und antibiblische Äußerungen Hitlers, um die Unvereinbarkeit zwischen nationalsozialistischer Weltanschauung und evangelischem Glauben nachzuweisen und die nationalsozialistische Agitation als Wahltäuschung zu kennzeichnen. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung stand ein in Buchform veröffentlichtes Gespräch zwischen Hitler und Dietrich Eckart, in dem Hitler angeblich den Begriff „Satansbibel“ gebraucht hatte²⁰¹. Pfarrer Noa führte deshalb in einer Wahlversammlung aus: „Wir können unsere Zukunft nicht setzen auf einen Mann, der von Gottes geöffnetem Wort als von einer Satansbibel spricht“²⁰².

In einigen Fällen konnte der Volksdienst auch belegen, daß die

¹⁹⁶ Vgl. die Berichte über Wahlreden von Prof. Strathmann (SZ vom 5. 3. 1932) und W. Simpfendörfer (SZ vom 14. 10. 1932).

¹⁹⁷ Vgl. den Bericht über die Wahlrede von A. Schmidt in der SZ vom 15. 2. 1932. Zum Sachverhalt vgl. G. Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst, S. 203–205.

¹⁹⁸ Zitat nach dem Aufruf in der SZ vom 5. 11. 1932.

¹⁹⁹ Vgl. die Aufrufe des Volksdienstes in der SZ vom 19., 20., 21. u. 22. 4. 1932 u. 16. 2. 1933; die Berichte über Wahlreden O. Rippels in der SZ vom 26. 10. 1932 u. 25. 2. 1933.

²⁰⁰ So die Aufrufe in der SZ vom 4. u. 5. 4. 1932.

²⁰¹ Vgl. die Aufrufe „Warum kann ein evangelischer Christ Hitler nicht wählen?“ (SZ vom 11. 3. 1932) und „Was Herr Bubbenzer vergißt!“ (SZ vom 22. 4. 1932) sowie die Berichte über Wahlreden von Graf Westarp (SZ vom 9. 4. 1932), Prof. Strathmann (SZ vom 18. 4. 1932) und Pfarrer Herbers (SZ vom 5. 11. 1932).

²⁰² Nach dem Bericht in der SZ vom 12. 3. 1932.

Nationalsozialisten mißbräuchlich die Namen von evangelischen Geistlichen für ihre Agitation benutzt hatten. So ließ sich der Nachweis führen, daß Friedrich von Bodelschwingh nicht Mitglied der nationalsozialistischen Partei war²⁰³. Nicht dementieren oder entkräften ließen sich allerdings die im Wortlaut vorliegenden Erklärungen von Pfarrern für den Nationalsozialismus. Diese Stellungnahmen haben gerade im Frühjahr 1932 bei der politischen Meinungsbildung im Siegerland eine verhängnisvolle Rolle gespielt und mit dazu beigetragen, dem Nationalsozialismus zum Sieg zu verhelfen.

Der Erfolg der NSDAP wurde bereits beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13. 3. 1932 deutlich, als die Partei 30630 Stimmen (41,8%) erhielt. Bis zum zweiten Wahlgang am 10. 4. 1932 gelang eine Steigerung auf 38635 Stimmen (53,1%). Die Partei war damit im Siegerland wesentlich stärker vertreten als im Reich, wo der durchschnittliche Stimmenanteil für Hitler bei 36,8% lag²⁰⁴. Wenn die Partei in der Folgezeit auch zeitweilig einen Wählerrückgang zu verzeichnen hatte, so blieb ihre führende Stellung im Siegerland doch unangefochten. Ihr bestes relatives Ergebnis erreichte sie bei den preußischen Landtagswahlen am 24. 4. 1932, als sie 38973 Wähler (53,7%) hinter sich hatte²⁰⁵, das absolut beste Votum erzielte sie bei der Reichstagswahl am 5. 3. 1933 mit 41863 Stimmen (53,1%)²⁰⁶.

Der Niedergang des Volksdienstes zeichnete sich bereits bei der Reichspräsidentenwahl ab. Die Anhänger Hindenburgs lagen zwar beim ersten Wahlgang noch mit 32316 Stimmen (44,1%) in Front, hätten aber, wenn man die Stimmenzahl der Reichstagswahl von 1930 zum Vergleich heranzieht, ein wesentlich besseres Ergebnis erzielen müssen, denn damals hatten die Parteien, die Hindenburg 1932 unterstützten, 47130 Wähler hinter sich. Der Ausfall der unmittelbar folgenden preußischen Landtagswahlen zeigte dann, daß der Volksdienst die meisten Stimmen eingebüßt hatte; er hatte jetzt nur noch 7550 Wähler (10,4%) hinter sich und lag damit im Feld der Siegerländer Parteien hinter den Nationalsozialisten und dem Zentrum (10288 Stimmen, 14,2%) an 3. Stelle²⁰⁷. Von dieser katastrophalen Niederlage hat sich der Volksdienst – er hatte im Vergleich zur Reichstagswahl von 1930 13620 Wähler verloren – nicht mehr erholen können, wenn er auch bei den folgenden Reichstagswahlen wiederum

²⁰³ Anzeigen in der SZ vom 9. u. 20. 4. 1932.

²⁰⁴ Die Zahlenangaben zur Reichspräsidentenwahl zusammengestellt nach Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 427, S. 6 f. u. 30 f.

²⁰⁵ Die Zahlenangaben zur preußischen Landtagswahl zusammengestellt nach SZ vom 25. 4. 1932.

²⁰⁶ Vgl. Anm. 86.

²⁰⁷ Vgl. Anm. 204.

Stimmen dazugewann und bei der Reichstagswahl vom 6. 11. 1932 noch einmal 9462 Wähler (13,1%) auf sich vereinigen konnte²⁰⁸. Das Wahljahr 1932 bedeutet somit für die Siegerländer Parteiengeschichte einen tiefen Einschnitt; es markiert das Ende der fünfzigjährigen christlich-sozialen Vorherrschaft, die 1881 mit der Wahl Stoeckers begonnen hatte.

Bei den Wahlen der Jahre 1932 und 1933 erhielt der Volksdienst keine offizielle oder inoffizielle Unterstützung mehr seitens der evangelischen Verbände. Der Grund für diese Zurückhaltung im Unterschied zu früheren Wahlbewegungen lag in der divergierenden politischen Meinungsbildung innerhalb der Vereine. Es waren vor allem die jüngeren Mitglieder, die zum Nationalsozialismus neigten. Die Leitung der Vereine sah sich deshalb nicht nur außerstande, eine Wahlempfehlung auszugeben, sie mußte bestrebt sein, politische Diskussionen ganz aus den Vereinsstunden herauszuhalten, um die Einheit und damit den Bestand der Verbände nicht zu gefährden²⁰⁹. Von Walter Alfred Siebel, dem Präses der Siegerländer Jungmännervereine, wird für die damalige Zeit der Ausspruch überliefert: „Halten wir uns von allem fern, was uns trennt. Bringen wir parteipolitische Fragen in unsere Vereine, dann wirken sie wie Sprengkörper. Dabei werden die Köpfe heiß und die Herzen kalt“²¹⁰.

Ganz ähnlich lagen die Dinge innerhalb der landeskirchlichen Gemeinschaften. Vor allem die gehäuften Wahlgänge im Frühjahr 1932 wurden als eine „schwere Belastung für Bruderliebe und Einigkeit“²¹¹ charakterisiert. Die Schriftleitung des „Evangelisten aus dem Siegerland“ hat deshalb vor den beiden Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl, vor der preußischen Landtagswahl und vor der Reichstagswahl vom 31. 7. 1932 lediglich zur Stimmabgabe aufgefordert, die Wahlentscheidung aber freigestellt²¹². Nur bei den folgenden Reichstagswahlen wurde die Zurückhaltung noch einmal etwas aufgegeben. So erschien vor der Reichstagswahl vom 6. 11. 1932 ein Artikel, der deutliche Kritik am Nationalsozialismus wegen seiner rassenpolitischen Grundsätze übte²¹³, und vor der Reichstagswahl vom 5. 3. 1933 schrieb Jakob Schmitt: „Ich wünschte vom Christlich-sozialen Volksdienst an bis zu den Nationalsozialisten eine starke Mehrheit im

²⁰⁸ Vgl. Anm. 86.

²⁰⁹ Verh. 1932, S. 53 und 1933, S. 54.

²¹⁰ J. Schmitt, Die Gnade bricht durch, S. 427.

²¹¹ So in dem Artikel „Herzliche Bitte des Gnadauer Verbandes“ (Ev vom 10. 7. 1932).

²¹² Vgl. die Artikel „Zum Nachdenken“ (Ev vom 6. 3. 1932), „Mitteilungen“ (Ev vom 24. 4. 1932) und „Unsere dringlichste Aufgabe“ (Ev vom 31. 7. 1932).

²¹³ Vgl. den Artikel „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir“ (Ev vom 30. 10. 1932).

Reichstag, damit wir endlich einmal eine stetige Regierung bekämen, die aber nicht nur national, sondern wahrhaft christlich-sozial sei²¹⁴.“

Die parteipolitisch neutrale Haltung der evangelischen Verbände in den Jahren 1932 und 1933 erklärt nicht den überraschend schnellen Niedergang der christlich-sozialen Bewegung im „stoeckertreuen Siegerland“²¹⁵. Hier ist eine andere Überlegung angebracht. Ein Teil der christlichen Wählerschaft, der bis 1930 die Deutschnationalen bzw. den Volksdienst unterstützt hatte, war politisch unmündig. Man wählte die Liste dieser Parteien, weil man die klare Weisung der Verbandsführung hatte. Als Hitler der christlichen Wählerschaft mit einem Vokabular als wählbar hingestellt wurde, das ihrer Mentalität entgegenkam, gingen diese politisch ungeschulten Wähler ins nationalsozialistische Lager über. Ihnen fehlte das Rüstzeug, die Gefahren der totalitären Bewegung zu erkennen. Die aufklärenden und warnenden Ausführungen seitens des Volksdienstes konnten nicht verhindern, daß diese Wähler der nationalsozialistischen Agitation erlagen.

Auch die schwierige wirtschaftliche Situation darf nicht übersehen werden. Die Siegerländer Industrie wurde damals nicht nur von der allgemeinen konjunkturellen Krise betroffen, sondern steckte zudem noch in einer strukturellen Krise, weil zahlreiche Eisenerzbergwerke und Hochofenanlagen zum Erliegen kamen. Der Verlust dieser Produktionsstätten führte zu einem Grad der Arbeitslosigkeit, der wesentlich höher war als im Reichsdurchschnitt²¹⁶. Geschickt nutzte die nationalsozialistische Agitation diese Krisenlage aus. Die Regierungen der Weimarer Republik und die sie tragenden Parteien wurden für die wirtschaftliche Not verantwortlich gemacht. Man selbst stellte ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Aussicht²¹⁷, das auch für das Siegerland wieder „Arbeit und Brot“ bringen werde²¹⁷. Der Volksdienst aber, der die Brüning'sche Deflationspolitik aus staatspolitischen Gründen bejaht und mitverantwortet hatte²¹⁸, vermochte seine Wähler in dieser Situation nicht zu halten. Nur der Kern der christlich-sozialen Anhängerschaft war bereit, angesichts der unpopulären Maßnahmen der Partei treu zu bleiben.

²¹⁴ So im Artikel „Die Stunde ist ernst“ (Ev vom 5. 3. 1933).

²¹⁵ Formulierung nach der Wahlanalyse in der SZ vom 25. 4. 1932.

²¹⁶ Einzelangaben bei H. Busch, Die Entwicklung der Siegerländer Eisenwirtschaft von 1918 bis 1932 (Siegerland, Bd. 43, 1966, S. 80 f.).

²¹⁷ Vgl. den Aufruf „Siegerländer Volk“ (SZ vom 30. 7. 1932) sowie die Berichte über nationalsozialistische Wahlversammlungen in der SZ vom 22., 29. u. 30. 7. 1932.

²¹⁸ Auf den Jahreshauptversammlungen des Bezirks Siegerland vom Evangelischen Volksdienst am 25. 1. 1931 und am 10. 1. 1932 ist der Reichstagsfraktion immer einstimmig das Vertrauen wegen der Unterstützung des Brüning-Kurses ausgesprochen worden (Berichte in der SZ vom 26. 1. 1931 u. 11. 1. 1932).